

# Union setzt sich im Bund und in den Ländern für Nationalen Gedenktag ein

Bundestag beschließt nach emotionaler Debatte Antrag zur Stuttgarter Charta – Sonderausgabe



Klaus Brähmig

Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag hat nach einer erneuten und mitunter emotional geführten Debatte am 10. Februar den Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Versöhnung vollenden“ mit den Stimmen von Union und FDP verabschiedet.

Damit ist auf Initiative der Gruppe der Vertriebenen der Unionsbundestagsfraktion der bisher umfangreichste Antrag zur Thematik von Flucht und Vertreibung erfolgreich zum Abschluss gebracht worden!

Die Union würdigte die Stuttgarter Charta von 1950 als ein wichtiges Do-

kument der Bundesrepublik Deutschland, das entscheidend zur Integration und Aussöhnung beitragen hat. Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert erklärte darüber hinaus, dass sich die wirkliche Bedeutung, die Größe dieser Charta, erst und nur aus der Kenntnis der Umstände ihrer Entstehung ergebe.

Wir haben in dem Antrag deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Vertriebenen die Last der Kriegsschuld in besonderer Weise zu tragen hatten und angesichts des 60. Jubiläums der Stuttgarter Charta die Verpflichtung besteht, Flucht und Vertreibung von der gesamten Gesellschaft als Teil der deutschen Geschichte zu begreifen.

Die Union setzt sich neben sechs konkreten Maßnahmen zur Bewahrung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auch für ein Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen – einen Nationalen Gedenktag – ein, um die Versöhnung zu vollenden und die Völkerverständigung zu stärken. Erfreulicherweise haben sich bereits mehrere Bundesländer, darunter Hessen und Baden-Württemberg, ebenfalls für einen solchen Gedenktag ausgesprochen.

In dieser Sonderausgabe dokumentieren wir die kompletten Reden von Koalition und Opposition, damit Sie sich zum einen selbst ein Bild von der Debatte machen und zum anderen sich ein Urteil bilden können, wer heutzutage im deutschen Parlament für die Belange der Heimatvertriebenen eintritt. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre – wie gewohnt mit aktuellem Literaturhinweis und – lose beigelegt – dem Antrag.

Ihr

## INHALT

SEITE 2

### WICHTIGSTES GEDENKVORHABEN DER BUNDESREGIERUNG IN 2011 WEITER VORANBRINGEN

Klaus Brähmig im Interview mit der PAZ vom 22. Januar 2011

SEITE 3

### ERSTE LESUNG AM 16. DEZEMBER 2010

Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages (17/81)

SEITE 12

### ZWEITE UND DRITTE LESUNG AM 10. FEBRUAR 2011

Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages (17/90)

SEITE 26

### BADEN-WÜRTTEMBERG FÜR NATIONALEN GEDENKTAG

Stefan Mappus und Heribert Rech

SEITE 26

### UNION HÄLT AN VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHE IN UND AUS OSTEUROPA FEST

Klaus Brähmig

SEITE 27

### HESSEN: LANDTAG BESCHLIESST ANTRAG ZUR CHARTA

Margarete Ziegler-Raschdorf

# »Uns bleibt nicht mehr viel Zeit«

Klaus Brähmig (CDU): Vertriebene wollen »Frieden schließen mit diesem Teil deutscher Geschichte«

**Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zieht im Interview mit der PAZ ein positives Resümee der Vertriebenenpolitik der letzten Jahre. Die Fragen stellte Konrad Badenheuer.**

**PAZ:** Sie wurden 1957 in Sachsen geboren. Hat Ihre Familie einen Vertriebenenhintergrund?

**Klaus Brähmig:** Meine Familie ist in der sächsisch-böhmischen Grenzregion, aus der ich komme, Gott sei Dank nicht von Vertreibung betroffen gewesen. Aber das Thema war allgegenwärtig, auch in der ehemaligen DDR – allerdings hinter vorgehaltener Hand. Daher bin ich der Gruppe aus Interesse bereits 1990 beigetreten und engagierte mich in der letzten Legislaturperiode als ihr stellvertretender Vorsitzender.

**PAZ:** Die Gruppe zählt aktuell 64 Mitglieder ...

**Brähmig:** ... so viele wie noch nie seit ihrer Gründung 1949. Die Gruppe verstärkt ihren bisherigen Schwerpunkt der „deutschen Minderheiten“ durch eine Namensänderung zum Jahreswechsel. Der Begriff „Flüchtlinge“ wurde dabei ersetzt, weil er stark an die Übersiedler aus der DDR erinnerte, die hier nicht gemeint waren und deren Problematik zu dem überwunden ist.

**PAZ:** Was sind die wichtigsten Ziele Ihrer Arbeitsgruppe im Jahr 2011?

**Brähmig:** Es gilt vor allem, das wichtigste Gedenkvorhaben der Bundesregierung – die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – parlamentarisch zu begleiten und weiter voranzubringen. So wird in den nächsten Monaten das Konzept der geplanten Dauerausstellung auf der Grundlage des vorgestellten Eckpunktepapiers öffentlich diskutiert, im Detail ausgearbeitet und voraussichtlich im Juni vom Stiftungsrat, dem ich angehöre, beschlossen. Parallel dazu läuft der Architektenwettbewerb, der für den museumstauglichen Umbau des historischen Deutschlandhauses notwendig ist.

**PAZ:** Seit 1999 bemüht sich Ihre Fraktionskollegin Erika Steinbach um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin. Viele Etap-

pen wurden inzwischen erreicht, aber wann kann ein solches Zentrum seine Tore öffnen?

**Brähmig:** Der Beschluss des Bundestages 2008, in Berlin eine Dokumentationsstätte zu Flucht und Vertreibung zu errichten, war mit Verlaub kein Etappensieg, sondern ein historischer Meilenstein für die Bewältigung unserer nationalen Katastrophe am Ende des Zweiten Weltkrieges. Was das Eröffnungsdatum angeht, erinnere ich nur an den ebenfalls schwierigen Aufbau der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der damals auch nicht von der politischen Linken gewollt war: Auf Initiative von Kanzler Kohl 1986 gegründet, konnte die Dauerausstellung erst acht Jahre später eingeweiht werden. Heute gehört die Bonner Sammlung zur Deutschen Geschichte zu den renommiertesten und erfolgreichsten Museen des Landes. Wenn nun die auf 3000 Quadratmeter Ausstellungsfläche erweiterte Bundesvertriebenenstiftung in drei Jahren – man denke allein an die Suche nach Exponaten – eröffnen will, ist das sehr ambitioniert.

**PAZ:** Welche Chancen sehen Sie, für den 5. August als nationalen Gedenktag für Flucht und

Vertreibung eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen?

**Brähmig:** Gute. Die Gruppe hat federführend zum 60. Jubiläum der Charta der deutschen Heimatvertriebenen den bisher umfangreichsten Antrag zur Thematik im Bundestag eingebracht. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Erhebung des 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertrei-

## »Im NDR war von Königsberg die Rede«

bung zu prüfen. Ferner wird unser Anliegen von den Spitzen der Union, etwa durch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, voll unterstützt.

**PAZ:** Die Vertriebenen werden von Jahr zu Jahr weniger. Gibt es für sie noch politische Ziele jenseits von Gedenken und „Geschichtspolitik“?

**Brähmig:** Einerseits nimmt zwar die Zeitzeugengeneration ab, andererseits steigt laut unseren Erkenntnissen aber deren Bedürfnis, ihren Frieden mit diesem Teil deutscher Geschichte zu schlie-

ßen. Da uns nicht mehr viel Zeit bleibt, ist die Versöhnung der Deutschen mit dem Kapitel Vertreibung als auch mit ihren östlichen Nachbarn eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges! Der erwähnte Antrag zielt in die erste Richtung, eine in diesem Jahr geplante Reise nach Warschau in die zweite.

**PAZ:** Laut § 96 Bundesvertriebenengesetz haben „Bund und Länder ... das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein ... des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“. Ist das gelungen?

**Brähmig:** Im Prinzip ja, wobei noch einiges zu tun bleibt. Ich bin seit meinem Amtsantritt dabei, möglichst alle Einrichtungen zu besuchen, die nach § 96 BVFG gefördert werden, um mir vor Ort ein genaues Bild der Lage machen zu können. Momentan sind sechs historisch-landeskundliche Museen etabliert, welche das Gros der ehemaligen deutschen Herkunftsgemeinden der Vertriebenen inhaltlich abdecken. Schon jetzt ist klar, dass teilweise großer Modernisierungs- oder Erweiterungsbedarf besteht, damit neue Besuchergruppen angesprochen werden können. Die Gruppe wird sich dafür einsetzen, dass in München ein Sudetendeutsches Museum entsteht. Auch mit den Landsmannschaften und Kulturreferenten suche ich das Gespräch, wo der Schuh drückt.

**PAZ:** Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund des oben genannten Gesetzestextes die Verwendung allein der polnischen, russischen und tschechischen Namen für fast alle Städte in den Vertreibungsgebieten auch in öffentlich-rechtlichen Sendern?

**Brähmig:** Ich sah während der Feiertage die NDR-Dokumentation „Weihnachten in Ostpreußen“ über die heutigen Bewohner, darin war von „Königsberg“ die Rede, nicht von „Kaliningrad“. Es ist doch sehr erfreulich, wie sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in den letzten Jahren wieder mehr der verlorenen Heimat angenommen hat. Denken Sie an die aufwendig

produzierten Spielfilme „Die Gustloff“ im ZDF und „Die Flucht“, der mit über 13 Millionen Zuschauern erfolgreichste ARD-Film seit zehn Jahren.

**PAZ:** Im heutigen Polen und Tschechien werden immer wieder Massengräber mit Vertreibungstoten gefunden. Sollten diese Toten nur an würdige Orte umgebettet oder auch untersucht und möglichst identifiziert werden?

**Brähmig:** Diese Thematik beschäftigt uns intensiv seit dem spektakulären Fund an der Marienburg im Oktober 2008, wo über 2000 bei Kriegsende umgekommene Menschen durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge später in Neumark eine würdevolle Ruhestätte fanden. Trotz Untersuchungen polnischer Gerichtsmediziner konnte die Identität der Toten nicht geklärt werden, weil schlicht Kleidungsstücke oder Erkennungsmarken fehlten. Zudem haben sich keine Zeitzeugen gemeldet. Wir wollen dennoch im Sinne der deutschen Angehörigen eine wissenschaftliche Studie initiieren, um Licht in das Chaos des Januar 1945 an der Nogat und unmittelbar danach zu bringen.

**PAZ:** Im Jahre 2009 wurde im Zuge einer Änderung des Melderechts eine staatsrechtlich bedeutende Änderung vorgenommen: Aus bundesdeutscher Sicht sollen die Oder-Neiße-Gebiete de iure schon im Sommer 1945 zu Polen gekommen sein. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?

**Brähmig:** Hintergrund war die Einführung der neuen Steueridentifikationsnummer, bei der falsche Angaben in den Melderegistern über Vertriebene zu Tage traten: z.B. Geburtsort Breslau/Polen. Das haben wir umgehend reklamiert und die Daten wurden berichtigt. Nicht zuletzt hat die Union deshalb in ihrem Regierungsprogramm 2009–2013 erklärt, bei der personenstands- und melderechtlichen Erfassung der Geburtsorte von Vertriebenen die völkerrechtliche Position Deutschlands zu wahren. So hat etwa das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 4. Mai 1999 die Gebiete östlich von Oder und Neiße auch nach dem Protokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 als Inland angesehen.



Klaus Brähmig (CDU) mit dem Antrag zum Gedenktag 5. August

# Erste Lesung im Deutschen Bundestag

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Klaus Brähmig, Stephan Mayer (Altötting), Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Patrick Kurth (Kyffhäuser), Lars Lindemann, Reiner Deutschmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

## 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden

– Drucksache 17/4193 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegen Thomas Strobl für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)



(c) Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

**Thomas Strobl** (Heilbronn) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 5. August 1950 gaben sich in Stuttgart Vertreter der Vertriebenen die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Sie gilt seither als Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen. Sie gehört zu den Gründungsdokumenten unseres Landes, und sie ist untrennbar mit der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland verbunden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Grundgesetz der Vertriebenen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf als schriftlicher Ausdruck der Entschlossenheit der damaligen Heimatvertriebenen gelten, ihren Beitrag zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa zu leisten. Dieser dann tatsächlich und in beispielhafter Weise geleistete Beitrag wurde vom Deutschen Bundestag in einem Entschließungsantrag vor dem Hintergrund des 50. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs gewürdigt.

Ziel des nunmehr eingebrachten Antrags ist es, die Leistung der Heimatvertriebenen erneut zu unterstreichen und dafür Sorge zu tragen, dass der Heimat-

verlust von 14 Millionen Deutschen zum Mahnmal für alle Vertreibungen der Gegenwart gemacht wird. Revisionismusabsichten sind damit freilich ebenso wenig verbunden wie Versuche, die Einzigartigkeit des Holocaust und anderer Verbrechen rund um den Zweiten Weltkrieg zu leugnen.

Sieben Forderungen werden nun von uns erhoben, die allesamt dem Ziel der Vollendung der Versöhnung dienen. Einige Forderungen sind wissenschaftlicher Natur wie die systematische Erfassung von Zeitzeugenberichten oder die Nachwuchsförderung im akademischen Bereich angesichts auslaufender Stiftungsprofessuren im Bereich „Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“. Andere unserer Vorschläge haben einen wertvollen kollektivpädagogischen Charakter wie etwa der interessante Vorschlag der Deklaration des 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer der Vertreibung oder der Appell zur Unterstützung der Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“.

Am Wichtigsten erscheint mir indes die ganz am Anfang gestellte Forderung nach pragmatischer Zukunftsorientierung und nationaler Selbstversöhnung. Tatsächlich sind es ja weniger die Vertriebenen von damals, die einer Aussöhnung im Wege stehen; teilweise sind wir es eher selbst. Ich denke hierbei beispielsweise an die Kolleginnen und Kollegen, die ganz links in diesem Hohen Hause sitzen und aus ideologischen Gründen den deutschen Vertriebenen die berechtigte Aufmerksamkeit bis heute vorenthalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie setzen damit das böse Werk der DDR fort, die Gleiches tat. In Zeiten der deutschen Teilung galten die Vertriebenen im Osten als unliebsam. Ihr Schicksal wurde vom SED-Staat verharmlost und ihrem Schmerz des Heimatverlustes noch die Demütigung des Leid Ignorierens hinzugefügt.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Diese beschämende Vernachlässigung hat zwar 1990 mit dem Ende der DDR-Diktatur nachgelassen. Was aber immer noch fehlt, ist die endgültige Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst. Diese wollen wir mit dem vorliegenden Antrag voranbringen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie schon Abraham Lincoln unter Berufung auf ein Jesus-Wort sagte:

Ein Haus, das mit sich selbst uneins ist, mag nicht bestehen.

Wir wollen die Vertriebenen in ihrem Bemühen unterstützen, unser Volk durch Erinnerung zu dieser Selbstversöhnung zu führen und damit jene Einigkeit in dem von Lincoln beschworenen Haus der Nation herzustellen, die zu dessen dauerhafter Stabilität notwendig ist.

Wir wollen die Vertriebenen aber auch als wertvolle Mittler und Brückenbauer zwischen den Völkern anerkennen, als welche sie schon der frühere Bundesinnenminister Otto Schily zu Recht betrachtet hat. Tatsächlich prädestiniert die Vertriebenen ihr Schicksal des Heimatverlustes mehr als andere Gruppen zur grenzübergreifenden humanitären Mahnung und Warnung vor künftigen Vertreibungen. Die deutschen Heimatvertriebenen können aufgrund ihrer leidvollen eigenen Erfahrungen glaubwürdiger als andere Vertreibung als jene Menschheitsgeißel bezeugen, die sie tatsächlich ist, und damit einen unschätzbaren Beitrag dazu leisten, dass Vertreibung generell geächtet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für diese Rolle, meine Damen und Herren, schulden wir den Vertriebenen nicht nur Anerkennung, sondern auch unseren ausdrücklichen Dank, den ich in aller Form zum Ausdruck bringe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Seiner Heimat beraubt zu sein, wie es 14 Millionen deutschen Landsleuten nach 1945 widerfuhr, und dennoch nicht auf Rache zu sinnen, sondern aus Überzeugung am friedlichen Bau des gemeinsamen Hauses Europa mitzuwirken,

(Wolfgang Bönnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Große Leistung!)

ist ein Akt christlicher Demut und staatsbürgerlicher Verantwortung, der aller Ehren wert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass die Vertriebenen sich 1950 bereits eine Charta mit europäischer Dimension gaben, zeugt von ihrem Weitblick. Diesen Akt sollten wir Nichtvertriebenen nach Kräften unterstützen und jene Solidarität mit ihnen beweisen, die ein Werk der Versöhnung verdient hat. In diesem Sinne kann die Antwort des Hauses nur eine klare und deutliche Mehrheit für den vorgelegten Antrag sein. Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Leider kann ich dem nächsten Redner nicht das Wort erteilen, da ich noch immer nicht in der Lage bin, sowohl hier oben zu sitzen als auch unten zu reden. Ich gebe also meine Rede zu Protokoll. Sie müssen darauf verzichten, meine wohl abgewogenen Worte zu hören. Ich erteile das Wort dem Kollegen Patrick Kurth für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)



(c) Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute erneut über ein Thema, das mehr ist als eine Geschichtsstunde, ein Erinnerungsfestakt oder ein Folkloreseminar, obwohl das manche gerne so sehen möchten. Wir reden mehr als über den Austausch von gleichen oder unterschiedlichen Anschauungen.

Nein, wir reden heute über Vertreibung und ihre Ausmaße bis heute und in Zukunft. Das ist ein sehr komplexes Thema, zu dem jede Partei und jede Generation den eigenen Standpunkt beständig überprüfen muss. Bis heute, bis in die Gegenwart ist dieses traurige Thema aktuell. Auch in der Gegenwart gibt es in der Welt Vertreibung und Entrechtung. Für die Zukunft ist das Gleiche zu erwarten. Das ist traurige Realität.

Vertreibung ist durch internationales Recht geächtet. Sie findet dennoch selbst in jüngster Zeit statt. Die Beispiele in Ruanda, Jugoslawien oder Darfur ken-

nen Sie. Schätzungsweise 70 Millionen Menschen wurden in den letzten 100 Jahren im Sinne der Vertreibung, über die wir heute sprechen, vertrieben. Die bis heute aktuellen Vertreibungen betrachten wir Deutsche mit ganz besonderer Sensibilität, nicht nur weil wir eine große Verantwortung haben, sondern auch weil wir selbst als Deutsche betroffen sind. In diesem Zusammenhang sind der Antrag und die BdV-Charta zu sehen. Nach dem von Deutschland ausgehenden Krieg entstand im Nachgang der zweifelsohne größten Vertreibung diese Charta. Sie entstand von und durch die Betroffenen, und sie entstand auch mit Blick auf die künftige Zeit.

Versuchen Sie sich nur einen Moment in die Nachkriegszeit und die Menschen hineinzusetzen, die den von Deutschland verursachten Krieg überlebt haben und ihre Heimat verlassen mussten. Sie mussten Strapazen der Flucht, die Trauer um den Verlust von Verwandten, Nachbarn und Eigentum sowie die Schwierigkeit der Integration in die neuen Gebiete auf sich nehmen. Vor kurzem hat eine Tageszeitung kommentiert:

Man stelle sich die Menschen vor, die quasi noch mit der Kleidung, die sie auf der Flucht trugen, einen Beschluss fassten und auf ihre Heimat verzichteten.

Wenn Sie an diese Umstände, an die Verhältnisse der Zeit, die Ungewissheit der Zukunft, den aufziehenden Kalten Krieg denken, dann stellen Sie fest, dass diese Charta wirklich erstaunlich und zukunftsweisend ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dazu gehören mehrere Punkte, zum Beispiel der Impuls der Aussöhnung. Das 20. Jahrhundert war bestimmt durch Krieg, Gewaltherrschaft, Flucht und Vertreibung, aber auch durch den Willen, sich auszusöhnen. Die Charta der Heimatvertriebenen zeigte dies schon kurz nach dem Krieg. Leider fehlt gerade das Element der Aussöhnung bei so vielen Vertreibungen bis in die jüngste Zeit. Dazu gehört auch: Die Worte „Rache“ und „Vergeltung“ spielten damals eine große Rolle. Sie spielen auch in der Gegenwart oft eine große Rolle. In der Charta werden sie explizit nicht erwähnt. Natürlich kann man nicht auf etwas verzichten, das einem ohnehin nicht zusteht. Aber das Vermächtnis bleibt deswegen stark, weil gerade Rache und Vergeltung bis in die heutige Zeit eine große Rolle spielen. Mehr noch: Die Vertriebenen verpflichteten sich schon damals vor allen Parteien zur Schaffung eines geeinten Europas. Die Heimatvertriebenen wussten, dass nur ein versöhntes und geeintes Europa dauerhaft den Frieden sichern kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Charta ist aber auch deshalb bis in die heutige Zeit von großer Bedeutung, weil sie innenpolitisch radikalen Versuchungen den Boden entzog. Auch das ist – gerade wenn wir an Jugoslawien denken – ein ganz starkes Element.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie hat eine große Bedeutung, weil sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch die Integration von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen ermöglichte. Denken Sie nur an das Wirtschaftswunder. Gerade die gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Integration von Vertriebenen in ihren jeweiligen neuen Ländern fehlt aber bis heute an vielen Stellen.

Übrigens ist die Vertriebenenfrage bis in die Gegenwart auch bei einer ganz anderen Diskussion von Bedeutung, nämlich bei der deutschen Integrationsdebatte. Viele Deutsche haben Zuwanderungs- und Integrationserfahrungen, und zwar im eigenen Land. Erinnern Sie sich, wie Deutsche ihre eigenen Landsleute

nach dem Krieg aufgenommen haben? Oftmals alles andere als herzlich. Auch diesbezüglich mussten viele dazulernen. Viele von denen, die heute über Integration reden, haben in ihrer eigenen Familie Integration erlebt.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende aber gilt: Wir wissen um die deutsche Schuld. Wir wissen, dass das deutsche Reich einen furchterlichen Krieg begonnen hat, dass Verbrechen in bis dahin unbekanntem Ausmaß stattfanden und furchtbares Leid über Europa gebracht wurde. Wir wissen aber auch von den schrecklichen Folgen, die eine Flucht mit sich bringt.

Das ist vielleicht eines der stärksten Leitbilder im internationalen Vergleich: Verbrechen dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden. Sonst legitimieren sie ein Stück weit zahlreiche weitere Vertreibungen, in diesem Fall diejenigen seit 1945. Schuld und Leid sind immer individuell, wobei der Holocaust und die Taten der Naziherrschaft einen herausragenden Stellenwert besitzen.

Es ist gut, dass die Koalition noch einmal klarstellt, wie sie zu Flucht und Vertreibung steht. Ich möchte mich ganz herzlich bei Klaus Brähmig und bei der Koalition für die gute Zusammenarbeit bedanken. Es war ein hartes Ringen, zum Teil um jedes einzelne Wort. Am Ende ist ein sehr guter Antrag herausgekommen, der nicht nur an die Vorgänge erinnern soll, die geschehen sind, sondern der auch in die Zukunft weist, damit wir in Sachen Vertreibung und Unrecht urteilsfähig bleiben. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Lukrezia Jochimsen für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)



(c) Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

**Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):** Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Eins vorweg: Ich spreche heute hier als Kriegskind. In Ihrem Antrag wird die Generation der Kriegskinder besonders erwähnt als eine Bevölkerungsgruppe, der man bisher zu wenig Zuwendung und wissenschaftliche Aufmerksamkeit gewidmet hat. Außerdem spreche ich hier als jemand, der zu keiner Zeit in der DDR ideologisiert worden ist.

Es ist schon sonderbar, welche unterschiedliche Auffassung von Geschichte man als Zeitzeuge haben kann. Denn so viel Geschichtsklitterung, so viel Ausblendung von historischen

Tatsachen und so viel Verdrehung wie in diesem Antrag zur Charta der Heimatvertriebenen kommt aus meiner Sicht selten zusammen.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das ist doch nicht Ihr Ernst! Das kann doch niemals Ihr Ernst sein! Dann müssen Sie den Antrag einmal lesen! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Die ist doch unverbesserlich!)

Jetzt gehen wir das einmal Schritt für Schritt durch. In dem Antrag heißt es: Die Deutschen nehmen Vertreibungen auch deshalb mit besonderer Sensibilität wahr, weil sie selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv davon betroffen waren.

Es findet sich kein Wort darüber, dass die Deutschen die brutalsten Vertreiber waren, und zwar lange bevor sie von Vertreibungen betroffen waren.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Das steht alles drin!)

Ausgeblendet werden die Massenvertreibungen ganzer Völkerschaften unter deutscher Herrschaft.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Verschwiegen wird die Vertreibung und Ermordung der Juden, Roma und Sinti.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Was reden Sie denn da? – Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Sie reden von einem anderen Thema!)

Es wird die Charta von 1950 gefeiert, die, genau wie der Antrag von 2010, die Vorgeschichte der Vertreibung vollständig ausklammert. Da wird folgender Satz dieser Charta gefeiert: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.“

(Beifall bei der CDU/CSU)

Verzichten? Verzichten kann man doch nur auf etwas, von dem man glaubt, dass es einem zusteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Satz war 1950 ein Unding.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Ich habe doch gerade etwas dazu gesagt!)

Ihn 2010 zu feiern, ist eine politische Zumutung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Sie sind eine Zumutung! – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das geht doch nicht, was Sie hier machen! Das ist doch völlig am Thema vorbei!)

Und rächen? An wem sollten sich Heimatvertriebene 1950 eigentlich rächen können? An den Alliierten vielleicht? Was hier zum Ausdruck kommt und laut Antrag 65 Jahre später immer noch Gültigkeit haben soll, ist aus meiner Sicht moralische Hybris.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das ist nicht Ihr Ernst! – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Irgendwo müssen Sie aber Ihre ideologische Verbohrtheit herhaben!)

Ralph Giordano hat vor einem Jahr geschrieben:

Mit dem stets im Brustton großmütigen Verzeihens vorgetragenen Kernsatz macht die „Charta“ Deutschland zum Gläubiger der Geschichte, die einst okku-

pierten Länder Mittel- und Osteuropas aber zu deren Schuldern. Darin liegt der eigentliche Skandal der „Charta“.

Skandal!

Nein, diese Charta ist kein Meilenstein zu Integration und Aussöhnung, wie es im Antrag heißt. Im Gegenteil: Sie verkehrt die Dimensionen von Opfererfahrungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf nicht hinnehmbare Weise.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Das sagen Sie?)

– Jawohl, das sage ich.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Das ist ja interessant! Das gibt es doch überhaupt nicht! Seit 1990 redet Ihre Partei Unglaubliches! – Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Dann müssen Sie die SED auch noch aufführen! Dann wäre es richtig!)

Auf nicht hinnehmbare Weise wird in dem Antrag verschwiegen, wer eigentlich diese Charta geschrieben und unterschrieben hat, zum Beispiel, dass zahlreiche Unterzeichner Funktionsträger des NS-Regimes waren, zum Beispiel, dass die frühe Verbandsgeschichte des Bundes der Vertriebenen eng mit den Nazis verbunden war, und zum Beispiel, dass der Bund der Vertriebenen diese Geschichte bis heute nicht aufgearbeitet hat.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der LINKEN: Das ist ein Skandal! – Gegenruf des Abg. Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Unerhört!)

Pure Geschichtsverfälschung betreiben die Autoren des Antrags auch damit, dass sie behaupten, die Vertriebenen und ihre Verbände hätten eine positive Funktion bei der Normalisierung des Verhältnisses zu den östlichen Nachbarländern gehabt.

(Michael Link [Heilbronn] [FDP]: Eben! Ganz genau! – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Was denn sonst?)

Auch da ist das Gegenteil der Fall. Die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze war ihr Dogma, und die Entspannungspolitik gegenüber dem Osten konnte nur gegen sie durchgesetzt werden.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ausgesprochen gefühllose Rede!)

Sie nannten das „Verrat“, und Willy Brandt nannten sie „Verräter“. Vertreibungen in der Gegenwart, ja, das ist ein Thema, in der Tat.

(Zuruf von der FDP: Sie diffamieren die Opfer der Vertreibung!)

Aber kein Satz zur Lage der Roma und Sinti in Europa! Hat man irgendwann vom Bund der Vertriebenen etwas zu den Abschiebungen der Roma in den Kosovo gehört? Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, ein angesehenes CDU-Mitglied, hat diese Abschiebungen heute in Berlin angeprangert. Gerade an diesem Beispiel könnten Sie deutlich machen, wie wichtig Ihnen die Lehren aus der Geschichte wirklich sind.

Stattdessen wollen Sie eine Gedenkmöglichkeit bei der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einrichten, wahrscheinlich ein Denkmal.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Gott sei Dank! Das wird höchste Zeit!)

Zu allem Überfluss wollen Sie einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibungen.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

(Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Sie ist schon die ganze Zeit am Ende!)

**Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):** Das ist alles falsches, die Geschichte verdrehendes Pathos. Wir sagen dazu Nein.

(Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Das hätte mich auch gewundert, bei der Rede!)

Ich meine, die Antragsteller spielen ein gefährliches Spiel mit der Geschichte.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Ihre Rede ist ein Schlag ins Gesicht der Heimatvertriebenen!)

Ich kann nur hoffen, dass die Mehrheit dieses Hohen Hauses das erkennt und dabei nicht mitmacht.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort erteile ich nun Kollegen Volker Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.



(c) Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn all die salbungsvollen Worte, die zum Thema „Vertreibung und Flucht“ von der Koalition kamen, ernst gemeint sind, dann müssen Sie beim Thema „Roma aus dem Kosovo“ flüchtlingspolitisch tatsächlich die Konsequenzen ziehen; ansonsten ist das alles weiße Salbe

und bestenfalls Heuchelei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Dass die Charta der Heimatvertriebenen 60 Jahre alt wird, ist für mich als Kind von Vertriebenen kein Grund zum Feiern. Der 5. August 1950 ist gewiss kein geeigneter Gedenktag, um an das Vertreibungsschicksal zu erinnern.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Was denn sonst, Herr Beck!)

– Lassen Sie mich ausreden, dann erzähle ich es Ihnen. Oder stellen Sie eine Zwischenfrage.

Ich möchte keinen Zweifel aufkommen lassen: Mein Vater ist selbst vertriebener Sudetendeutscher. Meine Großeltern wurden in beiden Weltkriegen vertrieben. Mit den Vertreibungen aus den Ostgebieten und aus Tschechien in den letzten Wochen und Monaten des Zweiten Weltkrieges – mit schweigendem Einver-

ständnis der westlichen Alliierten; das gehört auch zur Wahrheit –, ist den Vertriebenen großes Unrecht widerfahren. Trotz alledem: Weder diese Charta noch die dahinterstehenden Organisationen tragen zur Versöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn bei.

Sie schreiben in dem vorliegenden Antrag zwar von einem Geist der Charta für ein geeintes Europa, doch auch nach mehrfacher Lektüre dieser Charta habe ich diesen Geist nicht finden können; ganz im Gegenteil. Der von uns allen hier geschätzte Professor Micha Brumlik

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Es stimmt nicht, dass der überall geschätzt ist!)

schrrieb dazu im August in der taz treffend:

Sogar wenn man von der völkischen Schöpfungstheologie absieht, die den Text durchweht, und den Umstand übergeht, dass viele der Erstunterzeichner in der NSDAP oder der SS waren

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: Wie beim Spiegel und beim Stern auch!)

bzw. Männer, die sich lange vor 1933 in Ostmitteleuropa als Volkstumskämpfer betätigten, zeigt sich in der Sache, wie falsch die Grundaussage der Charta ist: Weder entspricht es der historischen Wahrheit, dass das Schicksal der Vertriebenen an Leid vom Schicksal keiner anderen Gruppe in den Jahren 1939 bis 1945 übertroffen wurde,

(Erika Steinbach [CDU/CSU]: 1950!)

– wie es in der Charta heißt –

noch ist einsichtig, wie man auf Rache und Vergeltung verzichten kann. ... Verzicht – feierlich dazu – kann man nämlich nur auf etwas, was einem legitimerweise zusteht ...

Das hat die Kollegin richtigerweise ausgeführt.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Wie ich bereits ausgeführt habe!)

Meine Damen und Herren, die Charta ist ein einseitiges Dokument. Sie klammert die historische Kriegsschuld Nazideutschlands aus,

(Beifall bei der LINKEN)

und sie erwähnt mit keinem Wort die Verbrechen der Deutschen, die im Holocaust und in der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden gipfelten.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Dann müssen Sie die Charta mal lesen, Herr Beck!)

Diese Verbrechen gingen der Vertreibung voraus. Sie rechtfertigen sie nicht, aber sie stehen im Kontext miteinander.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, eine angemessene Erinnerungskultur im Land der Täterinnen und Täter muss anders aussehen. Ihr Antrag stellt an einem Punkt etwas zu Recht fest. Da heißt es:

So gilt es ebenfalls, an die Vertreibung von über einer Million Polen aus den damaligen polnischen Ostgebieten und hunderttausender Ukrainer im Zuge der von der Sowjetunion erzwungenen „Westverschiebung“ Polens zu erinnern.

Richtig, aber auch dazu findet sich in der Charta der Vertriebenen kein Sterbenswörtchen. Der Deutsche Bundestag kann sich doch nicht positiv auf ein Dokument beziehen, in dem behauptet wird, dass das Schicksal der Vertriebenen an Leid in dieser Zeit dem Schicksal keiner anderen Gruppe vergleichbar ist, sondern das Vertreibungsschicksal diese übertroffen hat.

Meine Damen und Herren von der Union und von der FDP, Sie alle waren doch schon einmal in einem Konzentrationslager. Sie alle haben sich in Ihrer Heimatstadt doch schon einmal gefragt: Wo sind eigentlich die Jüdinnen und Juden hin, die früher in unserer Stadt gelebt haben? – Die gibt es nicht mehr; die Familien sind nicht mehr da, die Straßenzüge sind nicht mehr da. Die Synagogen sind weg. Sie können doch nicht so tun, als ob das Vertreibungsschicksal in dieser Art und Weise singular war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Was Sie hier unterstellen! Was Sie für einen Kontext herstellen!)

Meine Damen und Herren, die Rache- und Verzichtshaltung des Vertriebenenverbandes, die Haltung von Frau Steinbach zur Oder-Neiße-Grenze, diese Art von Politik hat mir als Enkel und Kind von Vertriebenen zum zweiten Mal die Heimat genommen. Ich war in Tschechien, ich war in der Slowakei, aber als Kind von Sudetendeutschen war ich niemals im Sudetenland, weil ich mich mit Ihren Verbandsfunktionären und Ihrer Ideologie nicht gemein machen wollte. Das war für mich persönlich vielleicht ein Fehler, aber das zeigt, wie schwierig es ist, zu einer Heimat ein Verhältnis zu finden, wenn das Heimatgefühl und Rückbesinnungsgefühl mit dieser Art von revanchistischer Ideologie und der Politik Ihres Verbandes konnotiert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Erika Steinbach [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

– Wenn Sie das unglaublich finden, dann nenne ich Ihnen gerne einige Erstunterzeichner der Erklärung von Stuttgart 1950:

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Ein Schauspieler sind Sie! Sie führen eine Komödie auf! Und das bei einem solchen Thema! – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Unfassbar, was Sie hier erzählen! Sie wissen überhaupt nicht, was los ist! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– Lassen Sie mich noch drei Sätze sagen. – Rudolf Wagner, Sprecher der Landsmannschaft der Deutschen Umsiedler aus der Bukowina – SS-Obersturmbandführer –, Erik von Witzleben, Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen – SS-Offizier –, Walter von Keudell, Sprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg –

(Zuruf von der CDU/CSU: Herr Beck, Sie haben doch keine Ahnung!)

erst in der DNVP, dann in der NSDAP –, Josef Walter, Vorsitzender des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen – –

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das bringt doch nichts! Keine neuen Erkenntnisse! – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Unwürdig!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, Sie müssen trotzdem zum Ende kommen.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Er war stellvertretender Hauptgeschäftsführer der sudetendeutschen Wirtschaftskammer und zuständig für die Verteilung des jüdischen Vermögens im Reichsprotectorat Böhmen/Mähren.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Auszug aus der langen Liste von Komplizen und Tätern des NS-Regimes, die diese Charta unterzeichnet haben. Im Geiste Europas brauchen wir eine andere Grundlage für die Versöhnung. Nur dann werden wir einig sein, Herr Strobl, in diesem Haus Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Unverschämtheit von Herrn Beck! So kann man das nicht machen! – Gegenruf von der LINKEN: Das ist eine Tatsache!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Stephan Mayer für die CDU/CSU-Fraktion.



(c) Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

**Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Frau Kollegin Jochimsen, Herr Kollege Beck, ich halte es für unwürdig und beschämend,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: So ist es! Jawohl!)

wie Sie mit Ihren Reden auf dem Schicksal von 15 Millionen Vertriebenen und deren Nachkommen herumtrampeln und einen Gründungsakt der Bundesrepublik Deutschlands diskreditieren,

(Widerspruch bei der LINKEN – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich trample auf niemandem herum! – Zuruf von der CDU/CSU: Unwürdig!)

der an Größe aus meiner Sicht kaum zu übertreffen ist. Davor sollte man Respekt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Um mit den Worten unseres Bundestagspräsidenten, Professor Lammert, zu sprechen: Es handelt sich bei der Charta der Heimatvertriebenen um das Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland und

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und der LINKEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Ihr habt doch überhaupt nichts begriffen!)

– um ihn weiter zu zitieren – um ein bleibendes Vermächtnis für die Zukunft des wiedervereinigten Deutschlands. Ich möchte hinzufügen: auf das wir Deutsche

alle stolz sein können, egal, ob wir einen Vertriebenenhintergrund haben oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und der LINKEN – Gegenruf des Abg. Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Die haben nichts begriffen!)

Meine sehr verehrten Kollegen Jochimsen und Beck, ich wundere mich schon, mit welchem Hochmut, mit welcher Arroganz

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Arroganz! Überheblichkeit!)

Sie hier ein Dokument diffamieren, das vor 60 Jahren proklamiert wurde. Das halte ich für abscheulich und für in jeder Hinsicht traurig und beschämend.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Für unwürdig! – Zuruf von der LINKEN: Ihre Rede ist traurig und beschämend! – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen das zur Grundlage Europas machen?)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, man muss sich wirklich in die Zeit zurückversetzen.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Junger Mann, das kann ich ganz gut!)

Es ist leicht, jetzt, 60 Jahre später, über ein Dokument zu urteilen und zu sagen: Da hätte noch der eine Satz hineingehört, und der andere Satz hätte noch etwas ausführlicher dargelegt werden müssen. Sie müssen sich der Ehrlichkeit halber einmal in die Zeit um 1950 zurückversetzen: 15 Millionen Deutsche sind am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben worden.

(Zurufe von der LINKEN)

3 Millionen davon kamen auf schreckliche und barbarische Art und Weise ums Leben. Viele sind gedemütigt und vergewaltigt worden.

(Zurufe von der LINKEN)

Fast alle waren traumatisiert. Man hat im Jahr 1950 durchaus andere Dinge angesichts von 8 Millionen Heimatvertriebenen in Westdeutschland erwartet. Die 4 Millionen Heimatvertriebenen in Ostdeutschland durften sich ja gar nicht äußern. Deren Schicksal ist in jeglicher Weise verniedlicht und in keiner Weise gewürdigt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Durch die Kommunisten!)

Man hatte durchaus befürchtet, dass sich diese 8 Millionen Deutsche radikalisieren würden. Aber das ist nicht eingetreten.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Die haben über die Bodenreform Land bekommen! – Gegenruf des Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Raub und Totschlag war das!)

Sie haben auf jegliche Rache, auf jeglichen Revanchismus, auf jeglichen Hass verzichtet.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich halte das im Nachhinein für höchst bemerkenswert. Alle Deutsche können auf diese heroische Leistung stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN – Hilde Mattheis [SPD]: „Heroische Leistung“?)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Jochimsen?

**Stephan Mayer** (Altötting) (CDU/CSU): Sehr gerne.

**Dr. Lukrezia Jochimsen** (DIE LINKE): Herr Kollege, ich kann mich sehr gut in die Jahre 1950 und folgende versetzen. Ich war damals ein junges Mädchen und nachher eine junge Frau. Ich frage Sie: Ist Ihnen eigentlich bekannt, wie viele Millionen Ausgebombte, wie viele Menschen, die alles Hab und Gut verloren haben, wie viele Schwerverletzte 1950 in Deutschland gelebt haben und dass nicht nur die Vertriebenen das Schicksal dieses schrecklichen Krieges zu tragen hatten, sondern auch Millionen von Menschen im Lande selbst? Es ging mir persönlich nie um eine Aufrechnung. Aber ich verwahre mich dagegen, dass man sagt,

(Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Frage!)

eine Gruppe sei die vom Schicksal am schlimmsten betroffene gewesen, und so tut, als hätte es 1950 eine Normalgesellschaft von solchen gegeben, die im Gegensatz zu den Heimatvertriebenen kein Leid erfahren hätten.

Ich kann Ihnen sagen: Ich kann mich sehr gut in die Zeit von 1950 versetzen. Ich möchte einmal wissen, ob Sie eine Vorstellung davon haben, wie viele Millionen Erwachsene und Kinder in beiden Teilen Deutschlands 1950 unter diesem Kriegsleid gelitten haben.

**Stephan Mayer** (Altötting) (CDU/CSU): Frau Kollegin Jochimsen, mir ist nicht nur bekannt, welches Unheil der Zweite Weltkrieg über Deutschland gebracht hat,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Deutschland über die Welt!)

sondern auch – dies möchte ich ganz deutlich betonen –, welches schreckliche Unheil der Zweite Weltkrieg, der unbestreitbar von deutscher Hand ausgegangen ist, über die gesamte Welt gebracht hat.

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: So ist das! – Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Genau!)

Das wird von niemandem, insbesondere auch nicht vom Bund der Vertriebenen bestritten, ganz im Gegenteil.

Sie werden doch nicht negieren können, dass am Ende des Zweiten Weltkriegs Menschen nur aufgrund der Tatsache, dass sie an einem bestimmten Ort wohnten, vertrieben wurden, unabhängig davon, ob ihnen persönliche Schuld zuteilwurde oder nicht.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird doch nicht bestritten! – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Es sind Menschen ausgebombt worden! Was ist mit den Ermordeten?)

Ich möchte schon betonen: Das Schlimmste und, wie ich glaube, auch das Schwerwiegendste, was man einem Menschen antun kann, ist, dass man ihm seine Heimat nimmt. Ich persönlich habe noch sehr gut die Schilderung meiner Großeltern, die aus dem Sudetenland stammen, in den Ohren, wie schlimm es ist, wenn man aufgefordert wird, innerhalb von zwölf Stunden das eigene Haus, das man sich mühsam aufgebaut hat, zu verlassen,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Fragen Sie mal KZ-Überlebende! Unglaublich!)

maximal 30 Kilogramm Gepäck mitnehmen darf und die Heimat nie mehr wiedersieht.

Frau Kollegin Jochimsen, ich möchte auch noch einmal betonen, dass Sie aus meiner Sicht den großen Fehler begehen, Unrecht gegen Unrecht aufzuwiegen. Unrecht ist etwas Singuläres.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Es bestreitet doch keiner, dass von deutscher Hand katastrophales Unrecht über den ganzen Globus verbreitet worden ist. Aber das rechtfertigt in keiner Weise das Unrecht, das 12 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach zuteilwurde.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Es geht um keine Rechtfertigung!)

Das ist der historische Fehler, den Sie begehen: Sie wiegen das eine gegen das andere auf. Diesen Fehler machen wir nicht, und diesen Fehler dürfen wir nicht machen.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Eine Frage zum Schluss: Wenn es den Krieg nicht gegeben hätte, hätte es dann Vertreibungen gegeben? Was ist der Kontext? Was war zuerst: der Krieg oder die Vertreibungen?)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Frau Kollegin, Sie haben jetzt nicht das Wort, sondern Herr Mayer hat das Wort.

**Stephan Mayer** (Altötting) (CDU/CSU): Frau Kollegin Jochimsen, es war ein herausragender Akt der Versöhnung und Verständigung, dass die Heimatvertriebenen am 5. August in Stuttgart-Bad Cannstatt diese Erklärung proklamiert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Erklärung sollte heute nicht nur der Erinnerung dienen, sondern sie sollte in progressiver Hinsicht auch dafür dienen, dass sich das Leid, das 15 Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg wiederfahren ist, nie mehr wiederholt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass der 5. August den Status eines nationalen Gedenktags bekommt.

Ich sage ganz offen: Wir werden hier leisten müssen, was der Bundesrat im Jahr 2003 beschlossen hat, nämlich dass der 5. August nationaler Gedenktag wird. Hier sind wir – auch das sage ich ganz offen – als gesamter Deutscher Bundestag in der Bringschuld. Ich hoffe, dass uns dies alsbald gelingt. Gerade für die jungen Leute müssen wir uns dafür einsetzen, dass sich das nicht wiederholt, was sich im letzten Jahrhundert viel zu oft ereignet hat, nämlich massenhafte Vertreibungen.

Vertreibung hat an Aktualität leider Gottes nicht verloren.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit den Roma?)

Just an diesem Tag sind 44 Millionen Menschen auf diesem Globus auf der Flucht oder vertrieben worden. Das zeigt ganz deutlich, dass es leider Gottes noch immer ein viel zu aktuelles Thema ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass der 5. August ein nationaler Gedenktag wird.

Ich bin insbesondere sehr dankbar, dass es uns in dem gemeinsamen Entschließungsantrag der christlich-liberalen Koalition gelungen ist, aufzunehmen, dass wir die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ noch weiter vorantreiben wollen. Wir sind hier auf einem guten Weg. Es waren schwierige Monate. Das Jahr 2010 war kein einfaches Jahr. Insbesondere der Hintanstellung jeglicher persönlicher Interessen der Präsidentin des BdV – dies sage ich hier in aller Deutlichkeit – ist es zu verdanken, dass sich die Stiftung so erfolgreich weiterentwickeln konnte. Der Kollegin Erika Steinbach gilt in diesem Zusammenhang großer Dank und hohe Anerkennung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Große Leistung von Erika Steinbach!)

Es ist die historische Wahrheit, dass es die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht gäbe, wenn Erika Steinbach als BdV-Präsidentin im Jahr 2000 nicht die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ gegründet hätte, damals mit Peter Glotz an ihrer Seite, der leider Gottes viel zu früh verstorben ist.

Erika Steinbach hat die Charta der Heimatvertriebenen als Akt der Selbstüberwindung bezeichnet. Ich glaube, genau das ist es auch. Es ist bemerkenswert, dass in der Präambel der Charta der Gottesbezug mit aufgenommen wurde. Ich darf deutlich machen, dass der progressive Charakter der Charta sehr entscheidend ist, um mit den Worten von George Santayana, einem amerikanischen Philosophen und Schriftsteller, zu sprechen:

Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

(Beifall des Abg. Wolfgang Zöller [CDU/CSU])

Ich glaube, das sollten wir uns ins Stammbuch schreiben.

Ich darf mit dem Satzesatz der Charta enden, meines Erachtens ein herausragendes Dokument:

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Den Sinn dieses Satzes sollten wir uns immer vor Augen halten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



(c) Deutscher Bundestag

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):** Ich verstehe nicht, warum Sie diesen Antrag jetzt vorlegen. Der 60. Jahrestag der „Charta der Heimatvertriebenen“ war im August. Mittlerweile ist Dezember. Sie hatten vier Monate Zeit, einen ordentlichen Antrag zu verfassen. Das hier ist ein unbedachter Schnellschuss – als hätte jemand festgestellt: Das Jahr geht plötzlich zu Ende. Sie hätten den Antrag erst einmal in Ruhe in Ihren Fraktionen beraten sollen, bevor Sie ihn auf die Tagesordnung im Plenum setzen, wie es den normalen parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht.

Ich verstehe auch nicht, warum Herr Neumann und Herr Westerwelle in ihren Fraktionen nicht eingeschritten sind. Der Antrag wirkt, als hätten wir die letzten Jahre nicht über das Thema debattiert, als hätte es keinen Parlamentsbeschluss zur Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gegeben, als wäre die Regierung untätig geblieben.

Es ist eine bizarre Situation: Ich als Oppositionspolitiker muss Ihnen erklären, was Ihre Regierung bisher unternommen hat und welche Position Ihre Minister vertreten. Aber da es in Ihren Fraktionen bisher niemand gemacht hat, übernehme ich das jetzt:

Erstens: Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ muss nicht „vorgebracht“ werden, wie es in Ihrem Antrag heißt. Sie besteht bereits und hat in diesem Jahr – endlich – konzeptionelle Eckpunkte für die Dauerausstellung vorgelegt. Die Stiftung erhält jährlich 2,5 Millionen Euro. Im nächsten Jahr wird es einen Architektenwettbewerb zur baulichen Gestaltung des Deutschlandhauses geben. Das hat der BKM im September dieses Jahres mitgeteilt. – Was die Stiftung wirklich „voranbringen“ würde, wäre der Rückzug von Arnold Tölg und Hartmut Saenger, also der beiden kritisierten stellvertretenden Stiftungsratsmitglieder des BdV. So ließe sich der Zentralrat der Juden vielleicht wieder für eine Mitarbeit gewinnen.

Zweitens: Die Bundesregierung hat ein akademisches Förderprogramm zur „Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ aufgelegt und dafür im nächsten Jahr 800 000 Euro zur Verfügung gestellt. Bis 2014 sollen es 3,2 Millionen Euro sein. – Ich halte das für übertrieben, weil ich den postulierten Nachholbedarf in der Forschung nicht erkennen kann. – Aber dass die Koalition die eigene Regierung auffordert, mehr für die Forschung in diesem Bereich zu tun, nachdem sie gerade erst ein Förderprogramm beschlossen hat, finde ich schon seltsam. Ich gehe auch davon aus, dass Herr Neumann die Gelder nicht konzeptionslos vergeben wird, wie es ihm die eigene Fraktion irgendwie unterstellt.

Drittens: Sowohl Bundestagspräsident Norbert Lammert als auch Minister Thomas de Maizière haben sich gegen den Vorschlag gewandt, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben. Für den Bundestagspräsidenten gibt es inzwischen so viele routinemäßige Jahrestage, dass der „eigentliche Zweck“ solcher Gedenktage damit „eher versperrt als wirklich akzentuiert“ werde. Aus Sicht des Innenministers bietet der Volkstrauertag gute Möglichkeiten des Gedenkens. Ich stimme beidem ausdrücklich zu und fordere Sie auf, werte Kollegen der Regierungsfraktion, es auch zu tun.

Ich möchte nun ein paar Anmerkungen zum Antrag und zur Charta der Heimatvertriebenen machen.

Frau Steinbach hat am 5. August bei der Festveranstaltung zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich um ein Zeitzeugnis handelt, das im historischen Kon-

text erläutert werden muss. Die Charta hat zur Integration von Millionen von Vertriebenen beigetragen – auch und gerade durch den Verzicht auf Rache und Vergeltung. Mehrfach haben aber Historiker darauf hingewiesen, dass man nur auf etwas verzichten kann, worauf man einen Anspruch hat. Die Deutschen hatten aber nach dem von ihnen begonnenen Krieg keinen Anspruch, kein Recht auf Rache – darin sind wir uns hoffentlich einig.

Der von Deutschland begonnene Weltkrieg mit all dem Elend, das er über Europa gebracht hat, ist der Vertreibung der Deutschen vorausgegangen. – Dazu findet sich in der Charta kein einziges Wort. Kein Wort dazu, dass die Deutschen versucht haben, ein ganzes Volk auszurotten. Stattdessen heißt es: Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Als hätte es den Holocaust nicht gegeben!

Ralph Giordano, der Überlebende, bezeichnet die Charta als „ein überzeugendes Dokument innerer Beziehungslosigkeit zur Welt der Naziopfer, der unaufheb- baren unkaschierbaren Ferne zu ihrer Gefühls- und Leidensgeschichte“. Und Micha Brumlik sagt, dass in der Charta „Verleugnung und Verdrängung des Nationalsozialismus in geradezu idealtypischer Weise zum Ausdruck kommen“. Die Charta ist also gewiss und bestenfalls ein Zeitzeugnis, das übrigens von vielen ehemaligen Nazis verfasst wurde. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie diese Charta jetzt zu einem gewissermaßen kanonischen Text erheben wollen, der als Grundlage der Versöhnung dienen soll. Von Versöhnung ist in der Charta überhaupt keine Rede.

Und – schlimmer noch – ich finde es erschreckend, dass die Koalition auch 60 Jahre nach dem Verfassen der Charta der Heimatvertriebenen noch nicht viel weiter zu sein scheint. Ein einziger Satz findet sich im Antrag zur Verantwortung der Deutschen am Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen – ein Alibisatz. Die historische Einordnung der Vertreibung der Deutschen fehlt völlig. Bereits im ersten Absatz des Antrages heißt es: Die Deutschen nehmen Vertreibungen

auch deshalb mit besonderer Sensibilität wahr, weil sie selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv davon betroffen waren.

Vielmehr müsste der Satz lauten: Die Deutschen nehmen Vertreibungen auch deshalb mit besonderer Sensibilität wahr, weil sie selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv andere Völker vertrieben, unendliches Leid über sie gebracht haben, andere Völker vernichteten und infolgedessen auch selbst von Vertreibungen betroffen waren.

Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum Sie von der Stigmatisierung der Vertriebenen sprechen. Es hat zu Beginn der Bundesrepublik gewiss Diskriminierung von Vertriebenen gegeben. Sie wurden von der ansässigen Bevölkerung als Eindringlinge behandelt. Es war eben eine „kalte Heimat“, in die sie gekommen sind. In der DDR wurde ihr Schicksal völlig tabuisiert. Aber heute noch davon zu sprechen, es sei längst überfällig, „die Stigmatisierung der Opfer von Flucht und Vertreibung sowie deren Nachkommen zu beenden“, missachtet die große Integrationsleistung der alten Bundesrepublik und die Anstrengungen der Vertriebenen, die nicht genug gewürdigt werden können.

Ja, zur Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik gehört die Integration von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. An dieser Leistung haben die Vertriebenen selbst den größten Anteil – dank ihres Fleißes, ihrer Integrationsbereitschaft, ihres politischen Engagements. Von Stigmatisierung sollte also vernünftigerweise keine Rede mehr sein.

Das Problem heute ist eher die Selbststigmatisierung der Vertriebenenpolitiker. Sie hatten mit ihren radikalen Positionen und der Ablehnung der Ostpolitik selbst zu ihrem schlechten Image beigetragen. Und einige der heutigen Vertriebenenpolitiker pflegen mit ihren Äußerungen dieses Image – erinnert sei an die Diskussion im Sommer zum Thema Kriegsschuld. Der vorliegende Antrag leistet wieder einen Anteil dazu. Das schadet dem Anliegen, der Opfer von Flucht und Vertreibungen zu gedenken und die Integrationsleistung der Vertriebenen zu würdigen. Sie sollten den Antrag zurückziehen.

# Zweite/Dritte Lesung im Deutschen Bundestag

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:** Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Stephan Mayer (Altötting), Wolfgang Börnsen (Bönstrup), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Patrick Kurth (Kyffhäuser), Lars Lindemann, Reiner Deutschmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

## **60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden**

– Drucksachen 17/4193, 17/4651 –

### **Berichterstattung:**

Abgeordnete Thomas Strobl (Heilbronn)

Dr. h. c. Wolfgang Thierse

Patrick Kurth (Kyffhäuser)

Dr. Lukrezia Jochimsen

Claudia Roth (Augsburg)

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich sehe, damit sind Sie einverstanden. Dann werden wir so verfahren.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen, die der Debatte beiwohnen wollen, ihre Plätze einnehmen würden, wäre ich dankbar; denn dann können wir uns auf die Redner konzentrieren.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat das Wort der Kollege Thomas Strobl für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



(c) Deutscher Bundestag

**Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):** Frau Bundestagspräsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen heute über den Antrag der Koalitionsfraktionen „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ abschließend beraten und entscheiden. Das Ziel unseres Antrags ist klar: Wir wollen an die in Stuttgart am 5. August 1950 erfolgte Proklamation der Charta der Heimatvertriebenen erinnern und anlässlich dieses Jubiläums erneut die Leistung der Heimatvertriebenen unterstreichen. Wir wollen erreichen, dass der Heimatverlust von 14 Millionen Deutschen zum Mahnmal für alle Vertreibungen der Gegenwart gemacht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute möchte ich die Gelegenheit nutzen und auf den Beitrag von Vizepräsident Wolfgang Thierse eingehen, den der Kollege Thierse als Gegner unseres Antrags bei der ersten Lesung am 16. Dezember 2010 hier zu Protokoll gegeben hat, auf den ich daher erst heute hier im Plenum Bezug nehmen kann.

Verehrter Herr Kollege Thierse, Sie haben sich in Ihrer Rede erkennbar bemüht, den Erwartungen Ihrer Partei zu entsprechen, denen zufolge wie in einem Pawlow'schen Reflex alles abzulehnen ist, was irgendwie mit dem Bund der Vertriebenen zu tun hat.

(Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE): Davon kann nicht die Rede sein!

Sie haben sich dieser wenig schmückenden Aufgabe achtbar entledigt, obwohl es Ihnen stellenweise schwergefallen sein dürfte, dem in Wahrheit durchweg legitimen Ansinnen unseres Antrags zu widersprechen.

So sprachen Sie etwa gleich einleitend von einer angeblich viel zu späten Vorlage des Antrags – Monate nach dem 5. August –, bewerteten aber den Antrag im nächsten Atemzug als Schnellschuss. Was soll es denn jetzt sein? Zu langsam oder zu schnell? Beides zusammen geht nicht.

Zum 5. August 1950 möchte ich Ihnen Folgendes sagen. Am 5. August 1950 ist mit der Charta der Heimatvertriebenen ein einzigartiges Dokument verabschiedet worden.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das kann man wohl sagen!)

Wir unterstützen mit unserem Koalitionsantrag die heute in Stuttgart von dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus klar erhobene Forderung: Dieser Tag hätte es verdient, zu einem nationalen Gedenktag in Deutschland zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Thierse, inhaltlich gravierend waren einige Ausführungen von Ihnen an anderer Stelle, auf die ich eingehen muss. Als Sie den verdienstvollen Verzicht der Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung erwähnten, relativierten Sie diesen mit dem Hinweis, als Angehörige der Kriegsverursachernation Deutschland habe den Vertriebenen gar keine Rache zugestanden, und man könne es schlecht als Leistung betrachten, auf etwas zu verzichten, das man gar nicht beanspruchen dürfe.

In der Ausschussberatung haben Sie sich verstiegen, zu sagen – nachzulesen auf Seite 5 der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien –, dies sei ein „moralisch skandalöser Satz“.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen mit folgendem Zitat entgegen:

Die Charta der Heimatvertriebenen hat dabei – „an einem menschlichen und toleranten Deutschland“ – eine wichtige Rolle gespielt. Zwei Punkte möchte ich

daraus hervorheben, die auch in Zukunft nicht vergessen werden dürfen: Da ist zunächst der Verzicht auf Rache und Vergeltung.

So Sigmar Gabriel, weiland Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und jetzt Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Brigitte Zypries [SPD]: Deshalb brauchen wir doch keinen Gedenktag!)

Ist das ein moralisches Skandalon, Herr Kollege Thierse?

Der Kollege Thierse kritisiert auch das Ziel unseres Antrags, dem Thema Vertreibung mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Thierse, Sie halten die für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ veranschlagten Forschungsgelder für zu hoch und wollen den postulierten Nachholbedarf in der Forschung nicht erkennen. So Ihre Ausführungen am 16. Dezember 2010 ausweislich Ihrer Protokollerklärung im Deutschen Bundestag.

Gerade gegenwärtig mehren sich indessen die Stimmen von wissenschaftlicher Seite, dass die Aufarbeitung des Leids der deutschen Heimatvertriebenen zu den besonders drängenden Desideraten der Forschung gehört.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau! Richtig!)

Das Hamburger Magazin Der Spiegel, das nicht gerade im Verdacht steht, das Hausblatt des Bundes der Vertriebenen zu sein, hat in diesen Tagen in seiner renommierten Historienreihe eine aktuelle Sonderausgabe zum Thema Vertreibung herausgebracht mit dem Titel: „Die Deutschen im Osten – Auf den Spuren einer verlorenen Zeit“. Selbst Spiegel Online widmet sich dem Thema mit einem Beitrag mit dem Titel: „Damals in Ostpreußen“. Ich zitiere von Seite 15 dieser Schrift, dass die Deutschen und ihr verlorener Osten ein noch immer nicht erledigtes Kapitel der deutschen Historiografie seien.

Tatsächlich bietet die Vertreibung der Deutschen viel Stoff, der es verdient, bewahrt, aufgearbeitet und weitergegeben zu werden, gerade auch an die jüngere Generation.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jede Geschichte von Flucht und Vertreibung ist es wert, dass man sie hört.

(Zuruf von der FDP: Richtig!)

Das sagt im Übrigen der bekannte polnische Regisseur Jan Klata, dem das Thema sehr am Herzen liegt. Vertreibung, so Klata in der besagten Spiegel-Ausgabe, sei eine Geschichte von einem Menschheitstrauma, das sich täglich wiederholt: in Darfur, im Kosovo, in Bosnien. Ich finde, er hat recht.

In der Tat kann man viel erfahren, wenn man sich dem Thema Vertreibung als Bestandteil der eigenen Nationalidentität stellt und mehr über das in Erfahrung bringt, was die Ostgebiete für Deutschland einst bedeutet haben.

Ich war zum Beispiel überrascht, im Heft des Spiegels von der deutschen Gemeinde Budakeszi zu erfahren. Budakeszi liegt bei Budapest und ist mir als ungarischer Partner der Stadt Neckarsulm bekannt, der größten Landkreismunicipalität in meinem Wahlkreis. Dass Budakeszi von Deutschen gegründet wurde, von Donauschwaben, und noch heute viele Deutsche dort leben, darunter auch die Verwandten des hier im Hause nicht ganz unbekanntenen Grünenpolitikers Joschka Fischer, war mir neu. So lernt man immer dazu. Es gibt viele solche

Informationen, die in Vergessenheit geraten sind, aber wiederbelebt werden sollten, weil sie zur Geschichte unseres Volkes gehören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Gute ist: Man kann dieses Wissen unschwer erwerben, wenn man die Forschung hinreichend unterstützt und das Thema Vertreibung ohne ideologische Scheuklappen angeht. Dies tut übrigens seit Jahren der Literaturnobelpreisträger Günter Grass, zu dessen nach meiner Auffassung nicht geringsten Verdiensten gerechnet werden darf, dass er die jahrzehntelange Verdrängung des Themas Vertreibung als „bodenloses Versäumnis“ erkannt hat. Er machte diese Verdrängung mithilfe eines Romans rückgängig und führte so das Thema Flucht und Vertreibung einer breiteren Öffentlichkeit zu. Grass dabei zu unterstützen, das von ihm erkannte und so benannte Versäumnis wiedergutzumachen, ist ein Zweck – und nicht der geringste – unseres Antrags. Nicht mehr und nicht weniger.

Damit komme ich zum Schluss und plädiere in diesem Sinne erneut und eindringlich für die Zustimmung zu diesem Antrag. Wenn Sie von der Opposition diese Zustimmung nicht uns zuliebe gewähren wollen, so tun Sie es zumindest aus Respekt vor Günter Grass, der ja, wenn ich richtig informiert bin, seit Jahrzehnten ein engagiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

(Zurufe von der LINKEN)

Tun Sie es Ihrem Genossen zuliebe und dokumentieren Sie damit auch, dass Sie nicht zu systematischen Verdrängern und bodenlos Säumigen gehören wollen. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:** Das Wort hat nun der Kollege Wolfgang Thierse für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD)



(c) Deutscher Bundestag

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, wie Günter Grass auf seine Inanspruchnahme durch Sie reagieren würde. Ich fürchte, eher entsetzt.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Aber sachlich ist es richtig! – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das können Sie alles nachlesen!)

Kollege Strobl, darum geht es auch gar nicht.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Doch!)

Es geht nicht darum, ob die Geschichte von Flucht und Vertreibung geschrieben werden muss und wir uns immer wieder neu mit ihr zu beschäftigen haben. Das ist unbestritten. Es geht um die Art und Weise, wie man das tut.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt mir nach wie vor absolut unverständlich, weshalb Sie sich ausgerechnet auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen berufen, wenn Sie doch – so steht es in Ihrem Antrag – Aussöhnung wollen. Die Charta ist nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein zeitgenössisches Dokument, eine Stimme aus dem Jahr 1950. Vertriebene hatten viel Leid erfahren, große Not erduldet und konnten nach alledem noch nicht in ihrer neuen, kalten Heimat angekommen sein.

(Wolfgang Bönnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das sieht Ihr Bundesvorsitzender anders! Als Ministerpräsident hat er das anders gesehen!)

So kann man diesen Text lesen. Das ist die Emotion, die ihn trägt. Die Charta mag zur Integration von Vertriebenen beigetragen haben, auch durch die Absage an Rachegefühle und Vergeltungsverlangen.

Gleichwohl, Kollege Strobl, haben Historiker mehrfach darauf hingewiesen – ich finde: sehr treffend –, dass man nur auf etwas wirklich verzichten kann, worauf man einen Anspruch hat.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Deutschen hatten aber nach dem von ihnen begonnenen Krieg und den von ihnen begangenen Verbrechen keinerlei Anspruch, keinerlei Recht auf Rache.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Das ist doch unbestritten!)

Darin sind wir uns doch hoffentlich einig.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Ja! Hoffentlich! – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Fragen Sie mal Ihren Bundesvorsitzenden!)

Es finden sich zahlreiche Aussagen in der Charta, die heute, denke ich, als falsch erkannt sind und die niemand mehr ernsthaft vertreten kann, so zum Beispiel diese – ich zitiere –:

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Welch fatale moralische Anmaßung – als hätte es den Holocaust und zig Millionen Tote des Krieges nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lars Lindemann [FDP]: Das hat niemand gesagt!)

Heute haben wir die Charta mit dem Wissen und dem Abstand von 60 Jahren zu beurteilen. Sich heute mit vollem Ernst auf diese Charta zu berufen, sie gewissermaßen zu kanonisieren, anstatt sie historisch einzuordnen und sie vielmehr wie eine Monstranz vor sich herzutragen, wie Sie es tun,

(Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Das macht doch gar keiner, Herr Thierse!)

das ist weder moralisch noch politisch legitim.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Versöhnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt einen ehrlichen Dialog mit denjenigen voraus, mit denen man sich versöhnen will.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Ja!)

Wir Deutschen können dabei unseren Nachbarn, insbesondere unseren östlichen Nachbarn, nichts weniger als zutiefst dankbar sein, dass sie sich einem Dialog nicht verschlossen haben, mit allen Schwierigkeiten, die das bedeutete. Wir müssen uns vor Augen halten: Noch vor 70 Jahren wurden Polen – nur als ein Beispiel – als rassistisch minderwertig kategorisiert; sie sollten versklavt und entrechtet werden. Die Polen hatten einen längeren Weg auf uns zuzugehen als wir auf sie. Da erscheint es wie ein Hohn, wenn Sie in Ihrem Antrag von einer heute noch herrschenden Stigmatisierung der Opfer von Flucht und Vertreibung sowie deren Nachkommen in Deutschland sprechen. Ich sage Ihnen: Das Problem ist vielmehr die heutige Selbststigmatisierung mancher Vertriebenenpolitiker durch zwiespältige Äußerungen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um Ihrem Antrag den Charakter von Klientelpolitik zu nehmen, geben Sie sich europäisch. Sie wollen sich, so heißt es, im Geiste der Charta weiter für ein geeintes Europa einsetzen. Gleichzeitig treffen Sie aber unhaltbare Aussagen wie diese – ich zitiere wieder aus Ihrem Antrag –:

Die Deutschen nehmen Vertreibungen ... mit besonderer Sensibilität wahr, weil sie selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv davon betroffen waren. Dieser Satz verkürzt und entstellt das historische Geschehen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist, dass die Deutschen selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv andere Völker vertrieben und unendliches Leid über sie gebracht haben und danach auch selbst von Vertreibung betroffen waren. Geschichte ist immer konkret. Ohne die Ursachen von Vertreibung für jeden Fall zu benennen und korrekt einzuordnen, kann es auch kein Verständnis für die Umstände und Folgen geben, und es kann ohne diese Einsicht auch keine Versöhnung geben. Dies nicht formuliert zu haben, ist das Grundproblem Ihres Antrags.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genauso wie Sie historische Entwicklungen ignorieren, versäumen Sie es, das schon Erreichte zu würdigen. Also werde ich dies nachholen. Zu nennen sind da zunächst die enormen Integrationsleistungen der Bundesrepublik Deutschland – sie gehören zu ihrer Erfolgsgeschichte – und die großen Anstrengungen der Vertriebenen selbst, sich in ihrer neuen Heimat zurechtzufinden. Ihre Verbundenheit mit den Orten und Regionen ihrer Herkunft bestand weiter. Unvergessen ist – ich nenne nur ein Beispiel –: Als 1981 in Polen der Kriegszustand verhängt wurde, unterstützten viele, auch Vertriebene, aktiv die Gewerkschaft Solidarnosc.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Im Gegensatz zur SPD! – Klaus Brähmig [CDU/CSU]: Genau! Die haben das damals nicht gemacht!)

Dass die Realität in der DDR anders aussah, weiß ich aus eigener Erfahrung. Offiziell gab es gar keine Vertriebenen und Flüchtlinge, sondern nur Umsiedler.

Trauernde Erinnerung war nur im Familienkreis und in der Kirchengemeinde möglich. Öffentlich hatten wir zu schweigen. Umso größer ist heute meine Freude über die Möglichkeiten des Austausches und der Begegnung, die uns die Einigung Europas eröffnet hat.

Unschätzbar wertvoll ist der Beitrag der vielen Einzelnen und der vielen Initiativen ehemals Vertriebener, die persönlich und praktisch, ohne Erwartung einer öffentlichen Anerkennung freundschaftliche Kontakte in die Nachbarländer pflegen: Wie viele Besuche hat es gegeben? Wie viel auch finanzielle Unterstützung? Wie viele Partnerschaften und Freundschaften sind entstanden? Wie viele Spenden zur Förderung von Restaurierungen und Renovierungen von Kirchen und Denkmälern sind geflossen? Das alles sind wichtige Beiträge zur Verständigung und zur Versöhnung. Sie sind Anlass für ein bisschen Stolz und viel Dankbarkeit.

Gegenüber diesen wirklichen Fortschritten in der Begegnung, die in den letzten Jahrzehnten eine großartige Entwicklung genommen haben, erweist sich Ihr Antrag schlicht als Rückschritt. Das gilt auch für einige der Forderungen in Ihrem Antrag; Kollege Strobl, ich wiederhole mich. So muss die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht, wie es in Ihrem Antrag heißt, vorangebracht werden. Sie existiert bereits. Es gibt konzeptionelle Eckpunkte für die Dauerausstellung, und die Stiftung erhält jährlich 2,5 Millionen Euro. Sie arbeitet jetzt. Von einem Nachholbedarf bei der Forschung – Sie haben davon gesprochen – kann ebenfalls nicht die Rede sein. Die Bundesregierung hat ein akademisches Förderprogramm zur Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa aufgelegt. Bis 2014 sollen für die Forschungsarbeit 3,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wollen Sie Ihrem eigenen Programm nicht erst einmal eine Chance geben? Trauen Sie Herrn Staatsminister Neumann die Umsetzung dieses Programms nicht zu?

Dass sich der 5. August, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht als bundesweiter Gedenktag für die Opfer von Vertreibung eignet, ist, wenn ich es richtig gehört habe, selbst in den Reihen der Koalition kein Geheimnis. Sowohl Minister Thomas de Maizière als auch Bundestagspräsident Norbert Lammert haben sich gegen diesen Gedenktag ausgesprochen. Die beiden haben recht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie das Echo, meine Damen und Herren von der Koalition, aus Polen ist, will ich Ihnen mit ein paar Zitaten aus einem gestern erschienenen Kommentar von Professor Dr. Krzysztof Ruchniewicz – er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises unserer Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – belegen: Für Polen, Tschechen, Slowaken, Russen und Angehörige anderer Nationen, die von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg überfallen, vertrieben und ermordet wurden, stellt das Dokument – die Charta – keine Grundlage für eine Versöhnung dar.

Weiter:

Es überrascht, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestages die Charta noch 60 Jahre nach ihrer Verkündung so einseitig und reflexionslos betrachten können.

Weiter:

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ... ist kein Versöhnungsdokument wie beispielsweise die 1965 erschienene Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland und der im gleichen Jahr erschienene polnische

Bischofsbrief an ihre deutschen Amtsbrüder mit dem berühmten Satz: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“

Dann schließt er: Dieser Antrag sei geschichtspolitisch das völlig falsche Signal. Sie sollten das ernst nehmen und nicht beiseiteschieben. Professor Ruchniewicz ist ernst zu nehmen. Er ist ein Verbündeter in der gemeinsamen europäischen Anstrengung der Erinnerungen an Flucht und Vertreibung und die Leiden und Opfer dieses Unrechts.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Raison d'Être der Bundesrepublik Deutschland war und bleibt es, den demokratischen Staat, unseren demokratischen Staat, seine politische Praxis und seine politische Kultur als Konsequenz aus der Nazivergangenheit zu begreifen. Das ist unser gemeinsames politisches Fundament, unser gemeinsames moralisches Fundament. Auch deshalb haben wir den 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gewählt.

Dies ernst zu nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt: Unsere, der Deutschen Sensibilität für die Leiden und Opfer von Vertreibung und Flucht resultiert nicht nur und nicht zuerst daraus, dass Deutsche selbst Opfer gewesen sind, sondern daraus, dass Deutsche andere zu Opfern gemacht haben. Daraus, aus dieser doppelten bitteren Erfahrung, resultiert unsere dauerhafte moralische Verpflichtung. Genau diesen, den entscheidenden Punkt verfehlt Ihr Antrag. Deshalb ist er falsch und überflüssig, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:** Nächster Redner ist der Kollege Lars Lindemann für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



(c) Deutscher Bundestag/S.E.M. Schmidt

**Lars Lindemann (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir besprechen heute ein für viele sehr emotionales Thema. Kaum war der Antrag eingeführt – ich erinnere mich an unsere Ausschussdebatte –, gab es nicht nur entrüstete Gesichter, sondern schwand vor allem auf den Oppositionsbänken die Fähigkeit, zuzuhören. Ich nehme sehr wohl wahr, dass das heute anders ist. Ich denke, wir haben genügend Grund, die Sache mit etwas mehr Bedacht zu diskutieren und

uns gegenseitig zuzugestehen, dass wir alle lautere Motive haben, wenn wir das hier besprechen.

Im Antrag der Koalition wird der Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe aus dem Jahr 1965 zitiert; Herr Thierse hat das eben auch getan. Darin heißt es: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Um Vergebung kann man für sich aber nur bitten, wenn man selbst bereit war und es auch bleibt, über die eigene Schuld offen zu sprechen, nicht zu leugnen und aufrichtig und glaubhaft auf denjenigen zuzugehen, an dem man sich vergangen hat.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben die katholischen Bischöfe ja getan!)

Dies hat Deutschland getan. Wir alle als deutsche Parlamentarier stehen dafür ein, dass es Teil der Staatsräson ist und bleibt, dass wir zu der Schuld stehen, die im Namen unseres Volkes durch die Nationalsozialisten auf uns geladen wurde.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deutschland hat aufrichtig um Vergebung gebeten. Ich erinnere hier an Willy Brandts Kniefall in Warschau. Wir alle kennen das Bild, das hier gemeint ist.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das war aber nicht der Bund der Vertriebenen!)

Wir setzen uns mit diesem Thema sehr bewusst auseinander, und Deutschland ist so heute ein für seine Aufrichtigkeit und Leistungen geachtetes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. Durch diese unsere Einstellung – das will ich hier für meine Fraktion ganz ausdrücklich und ganz deutlich sagen – nehmen wir die eigene, bis in die meinige Generation hineinwirkende Vertreibungserfahrung von uns Deutschen als zentrales Element mit in die weiteren Bemühungen um die Versöhnung auf und geben wir dieser Erfahrung einen entsprechenden Platz, wie es im Antrag der Koalition geschehen ist.

Die Vertreibungen beispielsweise aus Polen und Tschechien nach dem Zweiten Weltkrieg dürfen von den Betroffenen als Unrecht empfunden werden. All diejenigen, die den Verlust an Heimat zu beklagen haben, was an sich schon schlimm genug ist, oder die Gewalt gegen sich oder Angehörige ihrer Familie ertragen mussten, habe eine ganz persönliche Erfahrung, die in den Fokus der Überlegungen der Regierungskoalition gerückt wurde.

Durch einen solchen Ansatz wird nicht relativiert, sondern versucht, die Erfahrungen der Betroffenen und eben nicht die Emotionen, die einige hier mit einbringen, aufzunehmen und verantwortungsvoll in die Überlegungen zu der weiteren Arbeit der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nach innen und nach außen einzubeziehen. Darum werbe ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Luc Jochimsen für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)



(c) Deutscher Bundestag/  
Lichtblick/Achim Melde

**Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Denn so viel Geschichtsklitterung, so viel Ausblendung von historischen Tatsachen und so viel Verdrehung wie in diesem Antrag zur Charta der Heimatvertriebenen kommt aus meiner Sicht selten zusammen.

(Wolfgang Bönnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Und das von Ihnen! – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Sagt die Linke!)

Das habe ich am 16. Dezember vorigen Jahres hier an dieser Stelle gesagt. Dem habe ich heute nichts hinzuzufügen

(Beifall bei der LINKEN)

außer dem Bedauern, dass es der gesamten Opposition seitdem nicht gelungen ist, die Koalitionsfraktionen davon zu überzeugen, diesen Antrag zurückzunehmen. Keine Analyse, kein Appell, keine Kritik von Fachleuten hat irgendetwas genutzt. Das ist sehr zu bedauern.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Eine ordentliche Diskussion kann doch geführt werden!)

So entsteht mit der heutigen Abstimmung über den Antrag, den Sie mit Ihrer Mehrheit kalt durchsetzen werden, großer Schaden für unser Parlament und seine Wirkung nach innen wie nach außen. Ja, Sie schädigen mit diesem Antrag das Ansehen dieses Hohen Hauses. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der LINKEN)

Allein mit Ihrem Ansinnen – das vertreten Sie in Ihrem Antrag –, dass sich anlässlich des 60. Jahrestages der Verabschiedung der Charta der Heimatvertriebenen der Deutsche Bundestag zu eigen machen soll, diese Charta als Gründungsdokument der Bundesrepublik zu betrachten, schädigen Sie das Ansehen des Parlaments. Die Fraktion Die Linke wird nie und nimmer in diesem Dokument ein Gründungsdokument der Bundesrepublik sehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schädigen das Ansehen des Parlaments auch mit Ihrem Ansinnen, den 5. August zum bundesweiten Gedenktag zu erheben, den Tag also, an dem die Charta vor 60 Jahren veröffentlicht wurde. Mitverfasser und Unterzeichner dieses Dokuments waren Rudolf Wagner, SS-Obersturmbannführer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Paris, Belgrad und der besetzten Sowjetunion, SS-Sturmbannführer von Witzleben, Franz Hamm, Fraktionsführer des Blocks der deutschen NS-Reichstagsmitglieder Ungarns, Angehöriger der deutschen Volksgruppenführung, die im Sommer 1944 die Vernichtungsaktion an über 400 000 ungarischen Juden unterstützte und deren Eigentum mit verteilte, Alfred Gille, SA-Scharführer, Gebietskommissar in der Ukraine, SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft, Rudolf Lodgman von Auen, Mitbegründer der radikal antisemitischen Deutschen Nationalpartei in der CSR, der 1960 einen flammenden Protest gegen den Menschenraub an Adolf Eichmann auf argentinischem Boden und den Prozess in Israel veröffentlichte,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unglaublich! – Stefan Bockhahn [DIE LINKE]: Tolle Vorbilder!)

Axel de Fries, Umsiedlerfunktionär in Westpolen, Kreislandwirt und Sonderführer bei der Partisanenbekämpfung in Weißrussland.

Wissen Sie das nicht, oder lässt Sie das tatsächlich völlig gleichgültig, dass das die Mitverfasser und Unterzeichner dieses Dokuments sind, zu dem Sie von uns im Jahr 2011 die Zustimmung dieses demokratischen Parlaments verlangen? Lässt Sie das völlig gleichgültig, oder sind Sie einfach unwissend?

In Ihrem Antrag fordern Sie, dass dieses Parlament der Charta und ihren Verfassern Zustimmung im Namen der Aussöhnung ausspricht. Das nenne ich einen Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Es kann keine Aussöhnung geben, die auf einem ‚Verzicht auf Rache‘ beruht. Das ist völlig undenkbar.“ Dies schrieb gestern Professor Krzysztof Ruchniewicz von der Universität Wroclaw – Vizepräsident Thierse hat ihn vorhin schon zitiert – in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau.

Am Ende der Charta heißt es:

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. Auch das ist schon zitiert worden. Hier wird die ganze Verkehrung der Geschichte und der Beginn einer gigantischen deutschen Opferzählung nach 1945 deutlich: Nicht mehr die 25 Millionen toten Sowjetbürger, nicht die 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, nein, die Heimatvertriebenen sind die vom „Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“.

(Patrick Döring [FDP]: Verzerrte Darstellung!)

Eine solche Form der Verkehrung von historischer Dimension, der Relativierung deutscher Schuld und der Verkehrung von Ursachen und Folgen war und ist typisch für die Geschichte der Vertriebenenverbände. Dass Union und FDP eine solche Geschichtssicht noch heute als verbindlich vom Bundestag preisen lassen wollen, ist ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Eltern, 1900 und 1901 geboren, haben Hitler nicht gewählt, waren nie Parteimitglieder, waren nicht dabei, als die deutschen Massenverbrechen an Juden, Polen, Tschechen, Slowaken und Russen verübt wurden. Aber in einer Bombennacht 1943 in Düsseldorf verloren sie ihr ganzes Hab und Gut. Meine Mutter und wir Kinder erlitten schwere Phosphorverbrennungen. Den Rest des Krieges erlebten wir in einer Notwohnung in Frankfurt: frierend, hungernd, in Todesangst. Nie wäre meinen Eltern in den Sinn gekommen, sie hätten ein Recht auf Rache und Vergeltung, auf das sie großmütig verzichten könnten – 1945 nicht, 1950 nicht, zu keiner Zeit.

Wenn Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, an Aussöhnung wirklich gelegen ist, an Aussöhnung der Deutschen mit den Deutschen, an Aussöhnung mit all den Nachbarvölkern, dann ziehen Sie diesen Antrag zurück. Es ist noch nicht zu spät.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Volker Beck für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.



**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Streit in dieser Debatte geht nicht um die Frage, ob wir das Schicksal der Heimatvertriebenen anerkennen. Dieser Streit geht auch nicht um die Frage, ob wir die Geschichte der Vertreibung in ihrem historischen Kontext aufarbeiten wollen. Dieser Streit geht im Kern um die Frage, ob wir als Deutscher Bundestag uns auf das Dokument der Charta der

(c) Deutscher Bundestag

Heimatvertriebenen positiv beziehen und das Ganze auch noch dadurch unterstreichen, dass wir den Tag ihrer Unterzeichnung zum Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland machen. Dazu sage ich Nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat es das noch nicht gegeben, dass ein Antrag, in dem die Einführung eines Gedenktages verlangt wird, im Deutschen Bundestag mit knapper Koalitionsmehrheit durchgeprügelt wird. Der vorliegende Antrag enthält erst einmal nur einen Prüfauftrag.

(Zuruf von der FDP: Eben!)

Leider ist das Außenministerium auf der Regierungsbank nicht mehr vertreten; ansonsten hätte ich Frau Pieper gebeten, mit der FDP dafür zu sorgen, dass die Partei von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher verhindert, dass wir unsere osteuropäischen Nachbarn, die ehemaligen Kriegsgegner, die uns die Hand zur Versöhnung gereicht haben, einem solchen Affront aussetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Frau Steinbach, Krzysztof Ruchniewicz, Mitglied des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – der BdV hat sie durch eine Gesetzesänderung von der Bundesrepublik Deutschland praktisch gekapert –, schreibt Ihnen meines Erachtens sehr sensibel ins Stammbuch, wie man die Charta in ihrer Genese und in ihrem Sinngehalt verstehen kann. Er nennt sie das „Produkt einer traumatisierten Gruppe“. Er schreibt: Relativierend kann man sagen, dass die Charta ein Kind ihrer Zeit war, das Produkt einer traumatisierten Gruppe, die sich bemühte, die eigene Lebenswelt neu aufzubauen, wobei sie sich in den Mythos des unschuldigen Opfers flüchtete. Aus diesem Grund wurde in den in diesen Kreisen geschriebenen Büchern und Materialien über die alte Heimat die Zeit des Nationalsozialismus fast völlig ausgeblendet. Man kann das historisch und psychologisch nachvollziehen, muss es aber nicht gutheißen.

Gegenüber der historisch verständlichen Genese müssen wir nicht verurteilend auftreten. Wir können verstehen, woher diese Menschen kamen, dass sie sich neu zurechtfinden wollten und dass sie sich auch mit ihrer eigenen Genese ein bisschen selbst betrogen haben. Aber wir als Deutscher Bundestag können uns das nicht zu eigen machen – heute, über 60 Jahre danach, nach allem, was wir darüber wissen, was von deutscher Hand in den besetzten Gebieten, in den überfallenen Ländern und in unserem eigenen Land gegenüber vielen Opfern des Nationalsozialismus verbrochen wurde. Das darf nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag gestellt. Darin ist der ganze Feststellungsteil mit seiner ganzen historischen Wirrnis und Klitterung gestrichen. Wir beziehen uns auf die entsprechenden Forderungen zur historischen Aufarbeitung und zum Gedenken – ich meine, da müssen wir wirklich Klartext reden –, wenn wir feststellen: Über einen Gedenktag kann man mit uns reden; aber der 5. August kommt nicht infrage, weil das eine Akklamation der Aussagen der Charta der Vertriebenen bedeuten würde. Es würde anerkannt, dass die Vertriebenen diejenigen waren, die am meisten in dieser Zeit gelitten haben, dass man großzügig auf das Recht verzichtet, Vergeltung zu üben. Das sind Aussagen, die sich der Deutsche Bundestag nicht zu eigen machen darf, auch

wenn er über ein solches Gedenken konstruktiv nachdenkt. Nehmen Sie diese Geste der Anerkennung als Ermahnung entgegen, hier nicht mit dem Kopf durch die Wand zu gehen.

Warum nehmen wir als Gedenktag nicht den 20. Juni, den Weltflüchtlings-tag? Die UN Vollversammlung hat den 60. Jahrestag der Schaffung des Amtes des UNHCR zum Anlass genommen, diesen Tag zum Weltflüchtlings-tag zu proklamieren.

Der UNHCR ist für Vertriebene und Flüchtlinge gleichermaßen zuständig. Damit würden wir ein Zeichen setzen, dass wir die Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern wollen, dass wir denjenigen vergeben, die auch Deutschen gegenüber Unrecht verübt haben, und dass wir aus der Geschichte die Lehre ziehen, dass wir als Deutsche eine besondere Verantwortung für Vertriebene und Flüchtlinge haben, die es auf dieser Welt immer noch gibt, zum Beispiel in Darfur, im Kosovo und in anderen Gegenden dieser Erde.

Wenn Sie sich von der Koalition mit so großer Verve gegen Vertreibung und Verfolgung, die zu Flucht führt, engagieren, dann ist es für uns umso verständlicher, dass Sie noch immer die Aufnahme von weiteren iranischen Flüchtlingen aus der Türkei blockieren, dass Sie weiterhin Roma aus dem Kosovo abschieben lassen und dass Sie sogar traumatisierten Flüchtlingen einen jahrelangen schwierigen Prozess um die Anerkennung als Verfolgte aufbürden.

Wenn es Ihnen mit dem ernst ist, was Sie hier so großspurig behaupten, nämlich dass wir angesichts unserer Geschichte besonders sensibilisiert sind, dann sind diese Fragen der Lackmestest für die Ernsthaftigkeit Ihrer Aussage. Diese Ernsthaftigkeit kann ich leider nicht erkennen. Vielleicht führen aber die Überlegungen, wie wir dieses Thema historisch angemessen bearbeiten und wie wir dieses Themas angemessen gedenken, dazu, dass sich in unserer Gesellschaft etwas produktiv verändert.

Ich bin durchaus für eine Ausstellung zum Thema Vertreibung. Allerdings bin ich dafür, sie auf andere Füße zu stellen. Zum einen sollte das ganze Haus mit seinen Gremien daran beteiligt werden. Zum anderen sollte der Einfluss des BdV zurückgefahren und dafür gesorgt werden, dass historische Wahrhaftigkeit und die Einordnung der Schicksale in den historischen Kontext auch dort Platz greifen kann.

Ich möchte Ihnen als Kind einer Vertriebenenfamilie etwas erzählen. Das, was der polnische Wissenschaftler, der dem Wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ angehört, gesagt hat, ist wahr; das kenne ich aus der Geschichte meiner eigenen Familie. Meine Großeltern sind nach dem Ersten Weltkrieg aus Slowenien ins Sudetenland vertrieben worden. Ende des Zweiten Weltkrieges wurden sie – ich stamme aus einer österreichischen Offiziersfamilie – aus dem Sudetenland vertrieben. In unserer Familiengeschichte gab es die Sage, dass es mit den Tschechen vor dem Krieg irgendwie ganz schwierig war. Gleichzeitig hatte mein Großvater dem tschechischen Staat gegenüber das Angebot ausgeschlagen, als General in der tschechischen Armee zu dienen. So schlimm kann es mit der Diskriminierung der Deutschen im Vielvölkerstaat der Tschechoslowakei nicht gewesen sein.

(Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP]: Na, na, na!)

Angeblich war auch niemand Nazi, niemand in der Sudetendeutschen Partei. Als ich kürzlich beim Umzug meiner Mutter Unterlagen aufgeräumt habe, habe ich herausgefunden, dass ein Teil der Narration der Geschichte unvollständig war. Natürlich war mein Vater in der Sudetendeutschen Partei. Als er 1939 ins Reich gegangen ist, war er auch Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrerbund. Er war zwar kein engagierter Nazi, kein SS-Offizier wie die Unterzeichner der Charta der Heimatvertriebenen; trotzdem hat man sich in die Tasche gelogen,

wie man sich vor der Vertreibung gegenüber den ehemaligen tschechischen und slowakischen Nachbarn gebärdet hat, wie man sich politisch positioniert hat und dass man als österreichische Minderheit im tschechoslowakischen Staat nicht bereit war, sich zu integrieren und an diesem gemeinsamen Staat mitzuwirken, weil man in der Minderheit war.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, denken Sie an die Zeit.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Diese Geschichten – nicht nur das schwere Schicksal der Vertreibung, das nach diesem Kapitel folgte – müssen in einer solchen Ausstellung, wenn sie Wahrhaftigkeit und Aufarbeitung befördern soll, ebenfalls erzählt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Klaus Brähmig für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)



(c) HiRes

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wer in diesen Tagen nach wahrer Versöhnung sucht, sollte nicht in ein Fernsehstudio nach Hamburg fahren, sondern das Edith-Stein-Haus in Breslau besuchen. Wer in der schlesischen Geburtsstadt von Teresia Benedicta vom Kreuz die Geschichte der heiliggesprochenen Ordensschwester studiert, erfährt, dass die Patronin Europas eine Frau war, die vorbildlich im Hinblick auf Versöhnung war. Das Geheimnis der Versöhnung heißt nämlich nicht Abrechnung, sondern Erinnerung.

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ muss im 21. Jahrhundert in einen größeren, mitteleuropäischen Zusammenhang gestellt werden. Die deutschen Heimatvertriebenen leisten an der Basis echte Versöhnungsarbeit. Ich verweise nur auf zwei bemerkenswerte Beispiele. Zum einen fand im letzten Jahr das erste deutsch-polnische Heimattreffen in Kolberg statt. Zum anderen bedauerte der rumänische Innenminister auf dem Heimattag der Siebenbürger Sachsen 2010 die Aussiedlung der deutschen Minderheit und kündigte neue Beziehungen an. Hinter der Brückenfunktion steht eben keine leere Formel, sondern die Chance zu wahrer Aussöhnung. Nur aus der positiven Bewältigung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte erwächst gegenseitiges Verständnis, aus dem sich vielleicht sogar ein Mehr an europäischer Solidarität ergibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Angesichts der aktuellen Entwicklung in Minsk und Kiew könnte ein neuer Zusammenhalt in Mitteleuropa eines Tages von zentraler Bedeutung sein.

Das Thema des Antrags ist deshalb für Deutschland wie für Europa von großem Gewicht. Um die teils hysterische Debatte wieder auf den Boden der Tatsachen zu bringen, sind ein paar grundsätzliche reflektierende Äußerungen angebracht. Der Zweite Weltkrieg stellt bis heute den größten und verheerendsten Konflikt in der Menschheit dar. Tatsache ist – das findet sich im vorliegenden Antrag wieder –, dass die deutsche Kriegsschuld außer Frage steht – Punkt. Diesem

Satz darf kein Aber folgen; sonst wäre er tatsächlich, lieber Kollege Thierse, ein Alibisatz. Neben dem jährlichen Holocaustgedenktag, der in diesem Hohen Haus stets begangen wird, gibt es laut einer Dokumentation der Bundeszentrale für politische Bildung bundesweit über 2 000 NS-Gedenkstätten, die täglich von Hunderten Schulklassen und Zigtausenden Besuchern besichtigt werden. Dieses Faktum widerlegt als konkretes Beispiel den diffusen Vorwurf, es gebe hierzulande Tendenzen, sich jetzt als Opfervolk zu stilisieren. Es gibt keine solche Geschichtspolitik, und Christdemokraten wie Liberale weisen dies mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Kein Land weltweit hat sich mit seiner jüngsten Vergangenheit und Geschichte so intensiv auseinandergesetzt, wie wir es getan haben und wie wir es auch zukünftig tun werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer außerdem allen Ernstes eine neue Kollektivschulddebatte vom Zaun bricht, zeugt nicht gerade von Klugheit und Weitsicht.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

Sollte sich dahinter schieres Misstrauen verbergen, hätte man tatsächlich nichts aus dem Kalten Krieg gelernt.

Wohl aber gilt es, den Eindruck zu vermeiden, von den massenhaften Gräueln des Zweiten Weltkriegs seien lediglich zwei Gruppen, Juden und Deutsche, betroffen gewesen. Deshalb haben wir in unserem Antrag ausdrücklich festgehalten, dass mit Gedenkvorhaben des Bundes in Berlin auch die Aufgabe verbunden sein muss, an die Vertreibung von über 1 Million Polen aus den damaligen polnischen Ostgebieten und Hunderttausender Ukrainer im Zuge der von der Sowjetunion erzwungenen Westverschiebung Polens zu erinnern.

Bei allem Respekt vor berechtigter Kritik – ich habe alle Reden der ersten Lesung und die Wortbeiträge des Kulturausschusses gründlich analysiert –: Dabei ist die Opposition deutlich über das Ziel hinausgeschossen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich habe den Eindruck, Sie haben das Kernanliegen unseres Antrags nicht einmal ansatzweise erfasst. Ja, die Stuttgarter Charta ist ein Zeitdokument, dessen Sprache uns heute fremd erscheint und dessen Entstehung man aus den damaligen Umständen erklären muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist nach wie vor eine Forschungslücke. Aber Sie verbeißen sich in der Textkritik, anstatt die historische Bedeutung des Dokuments zu erkennen, die gerade in der Absage an radikale Kräfte und in der Eigenverpflichtung zur Integration liegt.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit den SS-Leuten?)

Natürlich erwähnt niemand von Ihnen das im Antrag wiedergegebene Zitat des ehemaligen Bundesinnenministers Schily. Er räumte auf dem Tag der Heimat

1999 in Berlin offen ein, dass die politische Linke zeitweise über die Vertriebungsverbrechen und das Leid der Vertriebenen hinweggesehen habe.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Oder ist Otto Schily nicht mehr Mitglied der SPD?

Anstatt einen konstruktiven Beitrag zu leisten, hängen Sie sich lieber mit blindem Eifer an Personalien auf, die in dem Antrag überhaupt nicht zur Disposition stehen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht ein Mal kritisch reflektiert!)

Weder haben Sie sich die Mühe gemacht, einen eigenen Antrag zu entwerfen, noch ist es Ihnen eingefallen, eine ausgewogene wissenschaftliche Befassung mit der Charta anzuregen.

Meine Damen und Herren, es ist schon im persönlichen Bereich oft schwer genug, sich auszusöhnen. Wie soll da Versöhnung zwischen Völkern möglich sein, wenn es um millionenfaches Leid auf beiden Seiten geht? Muss es uns nicht wie ein Wunder anmuten, dass wir Deutsche gerade in den Ländern, in denen der Zweite Weltkrieg am Schlimmsten gewütet hat, heutzutage wieder freundlich aufgenommen werden? Das letzte Kapitel dieses Krieges ist jedoch noch nicht abgeschlossen, und dessen Aufarbeitung darf von unserer Nation nicht unterschätzt werden.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meinen Sie die Aufarbeitung, oder meinen Sie das Kapitel selbst?)

So wie der damalige Umzug der Regierung nach Berlin dazu diente, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, zielt unser Antrag zum Thema „Flucht und Vertreibung“ in erster Linie auf die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst. Die nationale Katastrophe am Ende des Zweiten Weltkrieges muss endlich von der gesamten Gesellschaft als Teil der deutschen Geschichte begriffen werden. Daher ist ein Zeichen der Verbundenheit, ein nationaler Gedenktag mit den Vertriebenen und deren Nachkommen, notwendig, um die Versöhnung zu vollenden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Beck?

**Klaus Brähmig (CDU/CSU):** Nein. – Dies ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges, die wir ruhig, aber beharrlich angehen und auch meistern werden.

An dieser Stelle danke ich meinen Kollegen Patrick Kurth und Wolfgang Börnsen besonders herzlich für die vertrauensvolle und ausgezeichnete Zusammenarbeit. Wir haben nicht nur in dieser Legislaturperiode gemeinsam noch viel vor. Meine Bitte ist: Stimmen Sie diesem Antrag zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Volker Beck das Wort.

**Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Brähmig, Sie haben mich gerade mit einer Aussage in Ihrer Rede etwas stützen lassen. Sie haben gesagt, das Kapitel des Zweiten Weltkrieges sei nicht abgeschlossen.

(Brigitte Zypries [SPD]: Genau!)

Meinten Sie die Aufarbeitung, oder wollten Sie damit offene Rechtsfragen ansprechen, die sozusagen noch der Klärung bedürfen? Ich finde es wichtig, dass wir in dieser Debatte wissen, auf welcher Grundlage wir reden. Oder sehen Sie es wie Frau Steinbach, dass wir im Osten eine Grenze haben, die eigentlich nicht unsere Zustimmung finden sollte?

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Kollege Brähmig, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. – Keine Reaktion.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er möchte die Frage offenlassen! – Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Antwort, das spricht für sich!)

Dann erteile ich dem Kollegen Patrick Kurth für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



©Patrick Kurth/Michael Furth

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Herr Präsident! Ich bin dankbar dafür, dass Sie, Herr Thierse, heute hier reden konnten, obwohl Sie Dienst haben. Ich habe es bedauert, dass Sie beim letzten Mal nicht reden konnten.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie tief ist die FDP gesunken, diesen Antrag mitzutragen! Was würden Genscher und Scheel dazu sagen? Das ist unglaublich! Das ist peinlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Jochimsen, die Vertriebenen haben sich nach dem Krieg Gott sei Dank nicht so benommen wie die SED nach der Wende. Sie erklären und relativieren die Geschichte, Sie drehen die Historie um. Das haben die Vertriebenen nicht getan.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat denn keiner in den Antrag gesehen?)

Keine Organisation in der Geschichte der Bundesrepublik hat derart die Geschichte erklärt, Verbrechen vertuscht, Gewalt verharmlost oder sich eines unanständigen Revanchismus und Relativismus bedient, wie Sie es getan haben. Sie haben kein Recht, so zu reden,

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Doch, das habe ich sehr wohl! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Das ist die FDP! Sie verwehrt uns das Recht zu reden!)

erst recht nicht, da in der jüngeren Geschichte Dr. Gregor Gysi von Ihrer Partei beim letzten Vertreibungsdictator, Herrn Milosevic, in Serbien war und ihm den Hof gemacht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Unfug!)

Herr Beck, ich möchte kurz darauf hinweisen: Die Namen, die Sie nennen, sind verabscheuungswürdig. Das ist so. Aber mehr als zwei Drittel der Vertriebenen waren Frauen und Kinder. Auch das muss man zur Kenntnis nehmen. Das müssen Sie, wenn es um Fragen von Schuld und Ähnlichem geht, mit berücksichtigen. Ich hatte schon beim letzten Mal das Gefühl und habe es dieses Mal wieder, dass Sie hier einen persönlichen Igel bürsteln wollen und dazu die Plenardebatte des Deutschen Bundestages nutzen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das ist doch unanständig!)

Das können Sie zwar auf persönlichem Wege machen, aber nicht im Deutschen Bundestag angesichts eines solchen Themas.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege Kurth, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Jochimsen?

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Ja, bitte.

**Dr. Lukrezia Jochimsen** (DIE LINKE): Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie mir absprechen, hier im Parlament das Wort ergreifen zu können? Ich möchte in diesem Zusammenhang – obwohl es eigentlich überflüssig ist – darauf hinweisen, dass ich nie Bürgerin der DDR war. Ich gehöre auch nicht zur Familie des früheren Präsidenten Milosevic. Ich sage das, weil Sie beides erwähnt haben. Aufgrund welcher Tatsachen wollen Sie mir das Recht absprechen, hier im Bundestag zu reden?

(Zuruf von der CDU/CSU: Auch wenn Sie nicht in der DDR gelebt haben, Deutsche sind wir alle!)

**Patrick Kurth** (Kyffhäuser) (FDP): Sie können über das Thema reden, aber ob Sie dabei die moralische Keule schwingen können, ist eine andere Frage. Angesichts der Tatsache, dass ein ehemaliger Vorsitzender Ihrer Partei bei Milosevic Hof gehalten hat, müssen Sie sich schon fragen, ob das in Ordnung war und ob Sie hier so reden können.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Außerdem: Ihre Vorsitzende hat eine Debatte losgetreten – in dieser Woche hat sie übrigens nachgelegt –, indem sie sinngemäß sagte, dass der Kommunismus von Stalin, Mao und Pol Pot nichts, aber auch gar nichts mit dem Kommunismus in der Theorie zu tun hat.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das hat mit dem Thema heute nichts zu tun!)

Wenn Stalin nun nicht mehr als Kommunist durchgeht, dann rate ich Ihnen, sich mit den Stalinisten in Ihrer Partei zu unterhalten, was die davon halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie können darüber reden – wir haben Sie auch ungestört reden lassen –, aber ich spreche Ihnen ab, die moralische Keule zu schwingen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist ein erbärmliches Niveau, Herr Kollege!)

Der Zeitgeist bei der jüngeren Generation – darauf möchte ich verweisen – ist ein anderer als der, den Sie hier unterstellen. Es gibt ein neues und frisches Interesse an Geschichte.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Geschichtsklitterung! – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Es gibt ein neues und frisches Interesse auch an den Gebieten. Es gibt einen intensiven Austausch mit Polen und Tschechien, der sehr gefragt ist, und es gibt entsprechende Literatur, zahlreiche Romane; Günter Grass wurde erwähnt. Das hat nichts mit irgendwelchen Trachtenzeiten oder Funktionsinteressen zu tun. Es gibt bei den jungen Leuten ein unbefangenes Verhältnis, auf das man aufbauen möchte.

Im Gegensatz dazu betreten Sie ausgetretene Pfade. Auch in der Diskussion werden die alten Fronten sichtbar. Sie machen den entscheidenden Fehler, die Charta als rückwärtsgewandtes Dokument zu sehen, das nur um der Aufarbeitung des Krieges willen geschrieben worden ist. Aus meiner Sicht ist es das nicht. Vor allen Dingen im Jahr 2011 kann man das so nicht sehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Charta war und ist wegweisend und der Zukunft zugewandt. Sie spricht von einem geeinten Europa. Sie spricht von der Ächtung der Vertreibung weltweit. Dass Vertreibung nach wie vor aktuelle und traurige Realität ist, das mag doch niemand bestreiten. Es wäre wünschenswert, dass sich die Vertriebenen, die es weltweit gibt, so verhalten würden wie die deutschen Vertriebenen. Das wäre ein gutes Zeichen. Das ist die Strahlkraft der Charta.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Beck?

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Bitte schön.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Offensichtlich halten Sie alle Oppositionsredner in dieser Debatte für unehrlich.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Sebastian Blumenthal [FDP]: Wann ist das denn gesagt worden?)

– Das hat er mir gegenüber zum Ausdruck gebracht und auch gegenüber der Kollegin Jochimsen. Aber vielleicht kann er das klarstellen.

(Zuruf des Abg. Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU])

– Herr Strobl, ich habe jetzt das Wort.  
Ich möchte eine Frage stellen.

(Sebastian Blumenthal [FDP]: Es geht nicht immer um Sie!)

– Herr Präsident, ich rede, sobald ich das Ohr des Hauses habe.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Kollege Beck, einfach durchhalten!

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bin da ganz gelassen.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben vorhin aus einem Artikel der Frankfurter Rundschau zitiert. Es ging um einen Beitrag eines Mitglieds des Wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Dieser stellt eindeutig klar, wie die Charta und die Bezugnahme des Bundestages auf diese Charta in Polen verstanden wird. Mir ist auch schon zu Ohren gekommen, dass es in der polnischen Regierung bereits Irritationen darüber gibt, was heute hier beschlossen werden soll.

Halten Sie ein solches Signal an Polen, an Tschechien, an die Slowakei wirklich für außenpolitisch angemessen? Sie von der FDP stellen den Außenminister. Sind Sie ernsthaft der Ansicht, dass die alle – wie wir in der Opposition – zu blöd sind, die Charta historisch richtig einzuordnen? Sie sollten einmal darüber nachdenken, welche eindeutige Botschaft die Charta für unsere Nachbarn hat: die Relativierung der deutschen Verbrechen und das Dramatisieren und Singularisieren des Leidens der deutschen Heimatvertriebenen. Das muss doch auch Ihnen als Liberale zu denken geben. Das vermute ich zumindest, wenn ich an die FDP von früher denke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):** Herr Beck, ich weise mit aller Entschiedenheit zurück, dass ich – oder jemand anders aus der Regierungskoalition – der Opposition oder irgendjemandem in diesem Hause abspreche, sich hier äußern zu dürfen, oder dass ich jemandem unterstelle – Ihre Worte –, gänzlich blöd zu sein;

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das haben Sie vorhin gerade getan! Das war der Einstieg Ihrer Rede!)

im Gegenteil. Ich weise aber darauf hin, dass einige hier sehr vorsichtig sein müssen, wenn sie die moralische Keule schwingen.

Ich sage Ihnen, dass das Dokument, die Charta, im Zeitzusammenhang gesehen werden muss. Damals war es so, dass alle Parteien erklärten – ich will eigentlich gar keine Namen nennen; Otto Grotewohl sprach von der Amputation des deutschen Reichsgebietes; denken Sie auch an Kurt Schumacher! –, dass man sich so mit dieser Abtrennung nicht abfinden werde. Inhaltlich stütze ich das überhaupt nicht; es ist überhaupt nicht mehr Kommentar. Es ist völlig klar, dass das heute niemand mehr in irgendeiner Weise unterstützen würde.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Warum feiert man die Charta dann?)

Die Charta ist in einer Zeit entstanden, in der man überall hörte, auch von alliierter Seite: Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die polnische Reaktion! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das müssen Sie den Polen erklären!)

Die Charta ist wegweisend und sagt: Wir als Betroffene mischen uns dort nicht ein.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir verzichten darauf. Wir überlassen diese politische Auseinandersetzung denen, die Politik machen. Nach dieser Charta werden wir das so nicht mitmachen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn! „Nationaler Gedenktag“, deutlicher kann man sich nicht festlegen! – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nach der Reaktion aus Polen gefragt!)

Wenn wir an andere Gebiete heute denken, erkennen wir: Es wäre wirklich wichtig, dass Opfer sich in dieser Weise äußern. Es geht dabei nicht darum, Schuld auf sich zu nehmen, sondern um die Notwendigkeit, zu einer Einigung zu kommen. Zu den Reaktionen in Polen kann ich Ihnen sagen: Hier ist alle Vorsicht geboten.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jämmerlich für eine liberale Partei!)

Irgendjemand hatte gefragt, warum der Charta-Antrag so spät kam. Wir haben auf alle möglichen internationalen Notwendigkeiten Rücksicht genommen. Wir haben sehr intensiv und lange daran gearbeitet.

(Iris Gleicke [SPD]: Sie wissen, dass das Murks ist, und tragen das trotzdem hier vor!)

Ich kann Ihnen auch sagen, dass es nicht nur die Regierungsfractionen waren, die daran mitgearbeitet haben. Ich versichere Ihnen, dass es hier ausschließlich darum geht, die Charta in ihrer internationalen Verhältnismäßigkeit zu sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Sebastian Blumenthal [FDP])

Ich könnte das folgende Thema natürlich mit in die Beantwortung der Frage nehmen, aber ich will darauf verzichten.

(Brigitte Zypries [SPD]: Ist nicht die Redezeit um?)

Thema Gedenktag. Das ist ein Punkt, über den man sich im Moment streitet. Damit das hier ganz klar ist: Ein Gedenktag für Vertreibungen gilt nach unserer Vorstellung für alle Vertreibungen. Die Fokussierung auf die Vertreibung der Deutschen wäre wieder ein Rückgriff auf die Vergangenheit. Wir schauen nach vorn, und wir haben auch die Vertreibungen im Blick, die seit jener Zeit geschehen sind. Für uns gilt: Es geht um Vertreibungen, unabhängig von Ort, Zeit oder Umständen.

Ähnlich ist es beim Thema Gedenkstätte. Es werden zum Teil Ängste geschürt, dass hier eine Gedenkstätte nur für die deutschen Opfer entstehen soll. Ich sage

deutlich: Das ist falsch. Es soll über eine Gedenkmöglichkeit in der Dokumentationsstätte nachgedacht werden, die aber nicht nur für die deutschen Opfer da ist; nein, es geht – da wiederhole ich mich gern und so oft, wie Sie möchten – um Vertreibungen weltweit.

Thema Rache. Ähnlich ist das mit der Begrifflichkeit des Wortes „Rache“. Niemand hat das Recht auf Rache. Das gilt auch für den Zweiten Weltkrieg und für alle Seiten. Das ist ein Leitgedanke, der bei den aktuellen Konflikten heute viel zu selten eine Rolle spielt. Ich sage dazu auch deutlich: Verbrechen der Deutschen rechtfertigen nicht Verbrechen an Deutschen, aber Verbrechen der Deutschen werden eben auch nicht kleiner durch die Verbrechen an Deutschen. Schuld und Leid, das ist immer individuell.

Ich möchte zusammenfassen: Wir sorgen mit dem Antrag dafür, dass die junge Generation diesem Thema gegenüber weiterhin aufgeschlossen bleibt, ohne ideologische Verblendungen, und dass über dieses Thema offen gesprochen wird – nach allen Seiten. Das ist notwendig. Wir tun das nicht nur, damit sich die Leute erinnern können, sondern auch – das ist das Entscheidende –, damit sie urteilsfähig bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Man muss urteilsfähig bleiben, egal ob es das eigene Land oder eine andere Region betrifft.

Wir wollen die internationale Aufgabe. Wir wollen nichts verklären. Es geht darum, dass wir friedlich mit unseren Nachbarn zusammenleben und über alles das reden, was in der Vergangenheit über uns gekommen ist – positiv, negativ.

Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort hat nun Stephan Mayer für die Fraktion der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)



(c) HiRes

**Stephan Mayer** (Altötting) (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Lassen Sie mich mit drei Zitaten beginnen. Das erste Zitat:

12 Millionen Vertriebene gründen keine militanten Freikorps, die sich an den Gefühlen der Gekränkten und Zukurzgekommenen mästen. Sie gründen auch keine Untergrundarmee. Sie wurden nicht zum sozialen Sprengstoff – wie Stalin es wollte –, sondern sie verzichteten früh auf Rache und wurden damit zu etwas wie sozialem Sauerteig.

Sie beginnen sich Stück für Stück aus den Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber den glücklicheren Einheimischen zu befreien, ringen denen einen Lastenausgleich ab, schlucken den Groll über die Alltagsdemütigungen herunter, vertrauen auf ihre eigene Kraft und werden damit zum eigentlichen Motor einer gewaltigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Modernisierung ihrer ganzen Umgebung. Das zweite Zitat:

Umso beeindruckender liest sich auch aus heutiger Perspektive die Charta, welche die deutschen Heimatvertriebenen gleichsam als ihr „Grundgesetz“ verfassten. Unter Punkt eins heißt es da: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.“ Und zweitens: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“ Ich denke, diesem Ziel sind wir heute – jedenfalls auf dem größeren Teil unseres Kontinents – näher als jemals in der Vergangenheit.

Und nun das dritte Zitat:

Alle, die in unserem Land leben – die Jungen und die Älteren, Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Deutsche und Ausländer, Vertreterinnen und Vertreter aus Bildung, Kirche, Kultur, Medien, Politik, Sport, Verbänden, Vereinen und Wissenschaft – haben daran mitgewirkt. An einem Deutschland mit Chancen für alle. An einem menschlichen und toleranten Deutschland. Die Charta der Heimatvertriebenen hat dabei eine wichtige Rolle gespielt.

Diese Zitate stammen nicht von Vertretern des Bundes der Vertriebenen, sie stammen auch nicht von Vertretern der CDU, der CSU oder der FDP, diese drei Zitate stammen in der Folge von Frau Dr. Antje Vollmer, die damals Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages war, vom Altbundeskanzler Gerhard Schröder aus dem September 2000 und vom derzeitigen Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, damals in seiner Funktion als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was mich beschwert und traurig macht, ist nicht, wie Professor Ruchniewicz gestern in der Frankfurter Rundschau geschrieben hat, dass unser Antrag ein „Rückfall in Zeiten des Kalten Kriegs“ sei, was mich wirklich traurig stimmt, ist, dass die Beiträge der Opposition einen Rückfall in Zeiten darstellen, von denen ich eigentlich glaubte, dass sie schon überwunden seien.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte deshalb dringend an Sie appellieren: Besinnen Sie sich wieder der Auffassung und der Positionen,

(Iris Gleicke [SPD]: Besinnen wäre angebracht! Besonders bei Ihnen!)

die führende Vertreter Ihrer Parteien schon einmal vor mehreren Jahren vertreten haben.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie doch einmal unseren Änderungsantrag! Was reden Sie an der Sache vorbei!)

Man muss doch gar kein Anhänger und vielleicht auch gar kein Freund des Bundes der Vertriebenen sein, um anzuerkennen, dass die Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 ein historisch herausragendes Dokument ist, ein singuläres Dokument, ein Akt der Selbstüberwindung, wie es die Präsidentin des BdV, die Kollegin Erika Steinbach, genannt hat.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besonders wenn man sich die Autoren anschaut! – Weitere Zurufe des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und von der LINKEN)

Ich möchte auch in aller Deutlichkeit betonen, dass wir uns davor hüten sollten, uns zu überheben – ich spreche da auch ganz bewusst den Herrn Kollegen Thierse an –, indem wir die Charta der Heimatvertriebenen jetzt, 60 Jahre später, hier im wohltemperierten Plenarsaal des Bundestages losgelöst von ihrem historischen Kontext bewerten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Charta der Heimatvertriebenen wurde verabschiedet von leidenden, gedemütigten, traumatisierten Menschen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wurde unterzeichnet von einer Phalanx von SS-Offizieren! Die anderen konnten doch nur noch zustimmen! Das ist doch Geschichtsklitterung!)

Damals, 1950, lebten 49,5 Prozent der Heimatvertriebenen in Westdeutschland noch in Lagern,

(Jan Korte [DIE LINKE]: SS-Offiziere als Opfer, oder was?)

34 Prozent der Heimatvertriebenen lebten in Notunterkünften. Ich bitte Sie wirklich eindringlich, dieses historisch herausragende Dokument, ein Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland, als das es der Bundestagspräsident bezeichnet hat, wirklich im historischen Kontext zu betrachten.

(Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meinen Sie das Grundgesetz?)

Sehr geehrter Herr Kollege Thierse, ich glaube wirklich, dass wir einen Fehler machen würden, wenn wir behaupten, man hätte den einen oder anderen Satz in der Charta anders formulieren können. Die Heimatvertriebenen konnten doch gar nicht auf Rache und Vergeltung verzichten, weil sie rechtlich gar keinen Anspruch darauf hatten. Die Charta der Heimatvertriebenen war kein rechtliches Gutachten. Sie war auch keine historische Abhandlung. Deswegen ist der Vorwurf verfehlt, zu sagen, die Heimatvertriebenen hätten in der Charta historisch plausibel zu wenig auf die Ursachen der Vertreibung Rücksicht genommen und seien zu wenig darauf eingegangen. Nein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, alle Deutschen – egal ob sie Vertriebene sind oder nicht, egal ob sie einen Vertriebenenhintergrund haben oder nicht – können auf diese Charta stolz sein,

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Nein!)

und zwar ohne Schaum vor dem Mund und ohne Ideologie. Sie ist ein Zeichen der Kraft, der Zuversicht und der Aufbruchsstimmung.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Korte von der Fraktion Die Linke?

**Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):** Sehr gerne.

**Jan Korte (DIE LINKE):** Sehr geehrter Kollege Mayer, ich möchte auf die Frage zurückkommen – Sie haben sie gerade angesprochen –, wer eigentlich Opfer und wer Täter ist. Möchten Sie wirklich behaupten, dass die von der Kollegin Jochimsen vorhin detailliert genannten ehemaligen Mitglieder der SS – das

waren zum Teil ranghohe SS-Offiziere – Opfer gewesen sind? Ist das ernsthaft Ihre Position?

**Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):** Herr Kollege Korte, ich möchte eines in aller Deutlichkeit festhalten: Die Tatsache, ob jemand vertrieben wurde oder nicht, hängt nicht davon ab, ob ihm persönliche Schuld nachgesagt werden kann oder nicht.

(Beifall des Abg. Lars Lindemann [FDP])

Es sind Menschen vertrieben worden, die in das nationalsozialistische Unrechtsregime mit eingebunden waren. Es sind aber weitaus mehr – millionenfach – Menschen vertrieben worden, die vollkommen unschuldig waren. Herr Kollege Korte, der Umstand, ob man vertrieben wurde oder nicht, war nur darauf zurückzuführen, wo man lebte. Das war also ein zufälliger Aspekt.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: 60 Prozent Frauen und Kinder!)

Viele Menschen in Westdeutschland, die vielleicht selbst große Schuld an den grausamen Verbrechen des Nationalsozialismus gehabt haben, sind nicht vertrieben worden. Am Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dem Zweiten Weltkrieg sind aber weitaus mehr Menschen vertrieben worden, die vollkommen unschuldig waren.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden gerade über die Charta!)

Deren Schicksal zu gedenken, dafür sind wir nach wie vor in vollem Umfang verantwortlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Charta war und ist ein herausragendes Dokument, das für die weitere Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland wegweisend war.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Von der SS unterzeichnete Papiere! Das ist nachgewiesen!)

Wie schon erwähnt: Darauf können wir alle sehr stolz sein. Die Integrationsleistung von 12 Millionen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ist aus meiner Sicht eine der größten gesellschaftspolitischen Leistungen des 20. Jahrhunderts in Deutschland.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau richtig!)

Wir Deutsche haben den Auftrag, den wir nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen haben, meines Erachtens sehr stringent und auch sehr behände angenommen und auf politischer Seite dann 1952 mit dem Lastenausgleichsgesetz und 1953 mit dem Bundesvertriebenengesetz entsprechend begleitet. Ich finde, diesem historischen Dokument sind wir nach wie vor verantwortlich. Deswegen ist es richtig, dass der 5. August endlich zum nationalen Gedenktag erhoben wird, um dem schrecklichen Schicksal von 12 Millionen Heimatvertriebenen und 3 Millionen Menschen, die bei der Flucht ums Leben gekommen sind, weiterhin dauerhaft zu gedenken und um in die Zukunft gerichtet als Mahnung zu dienen.

Damit wollen wir erreichen, dass sich Derartiges in Deutschland, aber auch auf dem ganzen Globus nie mehr wiederholt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In diesem Sinne möchte ich abschließend dringend an Sie alle appellieren.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

**Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):** Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen der Opposition darf ich die Haltung des früheren Bundesinnenministers Otto Schily, seines Zeichens SPD-Mitglied, in Erinnerung rufen, der 1999 selbstkritisch eingeräumt hat, dass es insbesondere aufseiten der Linken in Deutschland über Jahrzehnte hinweg eine Verharmlosung und eine Verniedlichung des Schicksals der Heimatvertriebenen gegeben hat. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Erika Steinbach.

(Iris Gleicke [SPD]: Uns bleibt aber auch nichts erspart!)



(c) Deutscher Bundestag/  
Lichtblick/Achim Melde

**Erika Steinbach (CDU/CSU):** Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Manches an den Beiträgen von der linken Seite war schon erschütternd; das muss ich wirklich sagen.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Vielleicht für Sie!)

Ein Teil der Deutschen hat aufgrund des Wohnortes eine Kollektivstrafe über sich ergehen lassen müssen, obwohl sie an den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht mehr und nicht weniger schuld gewesen sind als ein Hamburger, ein Berliner oder ein Münchner. Obwohl – so sagt man – die „Hauptstadt der Bewegung“ München gewesen ist, sind die Münchner nicht vertrieben worden. Die Deutschen, die in Ost- und Mitteleuropa gelebt haben, sind kollektiv einer Strafe unterzogen worden, die sie nicht mehr und nicht weniger als alle anderen verdient haben, nämlich gar nicht. Vertreibung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keiner hat die Vertreibung gelobt!)

Jetzt muss man eines hinzufügen. Es wird immer gesagt, dass in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen steht:

Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.

Es gibt kein Recht auf Rache und Vergeltung; aber in ganz vielen Menschen gibt es ein Gefühl, das auf Rache und Vergeltung beruht. Ich hätte mir gewünscht, dass jemand wie der frühere Außenminister Fischer – er hat in seinen Sträßenkämpferzeiten Arafat, einen gewalttätigen Menschen, der Rache für das

Schicksal der Palästinenser geübt hat, besucht – das Thema einmal anders betrachtet hätte.

In der Charta kommt eine innere Überzeugung zum Ausdruck: Wir wollen das Gefühl der Rache nicht zulassen; wir wollen unseren Schicksalsgefährten mit auf den Weg geben, dass dieses Gefühl in uns nicht wachsen darf; wir wollen den Weg des Friedens, der Versöhnung und des Miteinanders gehen; wir wollen Europa in Frieden mit aufbauen, damit die Völker versöhnt miteinander leben können.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Wo bleiben eigentlich die Opfer? – Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können sie tun, indem sie sich auf das Grundgesetz beziehen! Da ist es geregelt!)

Mit der Art und Weise, wie Sie heute überheblich auf all das schauen, was sich damals in den Menschen abgespielt hat, blenden Sie aus, dass die Verabschiedung eines solchen Dokuments in der damaligen Situation eine übermenschliche Handlung war: acht- und zehnjährige Jungen hatten erlebt, wie ihre Mütter vergewaltigt wurden; Frauen hatten gesehen, wie ihre Kinder erschlagen wurden;

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Wo bleiben eigentlich die Bombenopfer in den Großstädten?)

viele haben noch 1955 hier in Berlin, im Gasometer, zu sechst auf 6 Quadratmetern gelebt, ohne Fenster, ohne alles. Das heute auszublenden, zeugt von wenig Mitgefühl für diejenigen, die ein Sonderschicksal erlitten haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:** Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mit dem Titel „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4651, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/4193 anzunehmen. Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der Grünen auf Drucksache 17/4693? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der Linken gegen die Stimmen der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt. Wer stimmt nun für die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/4651? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

## Recht der Vertriebenen auf Erinnerung und historische Leistung der Stuttgarter Charta allgemein anerkannt

Klaus Brähmig über die öffentliche Kritik aus dem In- wie Ausland zum Koalitionsantrag



Klaus Brähmig

„Die öffentliche Reaktion auf den Bundestagsbeschluss zur Stuttgarter Charta belegt eindrucksvoll die aktuelle Bedeutung des Themas für Deutschland wie für Europa – auch nach über 65 Jahren seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die CDU/CSU-Fraktion will mit dem Antrag dazu beitragen, die Langzeitfolgen von Vertreibung im öffentlichen Bewusstsein stärker zu verankern und dadurch einen Beitrag leisten, Vertreibungen in Zukunft zu verhindern. Die Kritik an dem Antrag von CDU/CSU und FDP unterstreicht die Notwendigkeit, sich über den Komplex von Flucht und Vertreibung sachlich und fair auseinanderzusetzen.

Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Deshalb ist es ein enormer Fortschritt, dass das Recht der deutschen Vertriebenen auf Achtung und Erinnerung heute allgemein – auch von den Kritikern des Antrages – anerkannt wird.

So wie der damalige Regierungsumzug nach Berlin dazu diente, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, zielt unser Antrag in erster Linie auf die Versöhnung der Deutschen beim Thema Flucht und Vertreibung mit sich selbst.

Jeder vierte Bundesbürger besitzt laut Statistik einen Vertriebenenhintergrund. Da wir jetzt noch die Möglichkeit haben, der Erlebnisgeneration dabei zu helfen, Frieden mit ihrem Lebensthema zu schließen, ist die innere Versöhnung eine unabdingbare Voraussetzung für die weitere Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn.

Für die friedliche Integration und den Versöhnungsprozess der Vertriebenen spielte die Stuttgarter Charta eine wichtige, ja entscheidende Rolle.

Auch führende Oppositionspolitiker haben die historische Leistung der Charta als ein ‚Dokument der Versöhnung‘ wiederholt bestätigt.

Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel hob etwa zum 50. Jahrestag der Charta den darin enthaltenen Verzicht auf Rache und Vergeltung explizit hervor: ‚Vor dem Hintergrund der persönlichen Schicksale war dies nicht für alle selbstverständlich und leicht durchsetzbar. Trotzdem können wir heute feststellen, dass die übergroße Zahl der Menschen in Deutschland diese Prinzipien für sich verinnerlicht hat, nach ihnen lebt und handelt.‘

Die geschichtliche Bedeutung der Charta liegt, wie der Bundestagspräsident Norbert Lammert am 60. Jahrestag in Stuttgart darlegte, gerade in der Absage an radikale Kräfte und in der Eigenverpflichtung der Vertriebenen zur Eingliederung in der Bundesrepublik.“

# Ministerpräsident Stefan Mappus fordert Nationalen Gedenktag für Heimatvertriebene

Landesregierung Baden-Württemberg: Pflege und Erhalt der Kultur der Heimatvertriebenen ist Herzenssache



Ministerpräsident Stefan Mappus (2.v.r.) und Innenminister Heribert Rech (l.) mit Leontine Wacker, Landesvorsitzende Deutsche aus Russland (3.v.l.), Arnold Tölg, Landesvorsitzender Bund der Vertriebenen (M.), und Adolf Fetsch, Bundesvorsitzender Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Stefan Mappus und der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, haben gemeinsam Vertreter des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften am 10. Februar 2011 zu einem Jahresempfang der Landesregierung in den Marmorsaal des Neuen Schlosses in Stuttgart eingeladen. Beide erklärten, der zum ersten Mal in dieser Form stattfindende Jahresempfang sei ihnen persönlich ein wichtiges Anliegen gewesen. „Mit diesem festlichen Emp-

fang wollen wir unseren Dank, unseren Respekt und unsere Wertschätzung gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern zum Ausdruck bringen, die seit dem Zweiten Weltkrieg und bis heute zu uns gekommen sind und hier in Baden-Württemberg eine neue Heimat gefunden haben“, sagten Mappus und Rech. Der Ministerpräsident würdigte besonders den Beitrag der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für den Wiederaufbau des Landes: „Sie haben unser Gemeinwesen bereichert - politisch und wirtschaftlich, aber auch im gesellschaftlichen, kirchlichen und kulturellen Bereich.“ Ministerpräsident Mappus forderte die Einführung eines Nationalen Gedenktages für die 14 Millionen vertriebenen Deutschen. Er betonte, es sei wichtig und notwendig, an das Leid und Unrecht, das die Heimatvertriebenen erfahren haben, zu erinnern.

„Die Veranstaltung ist Ausdruck unseres Bekenntnisses zu unseren heimatvertriebenen Landsleuten. Sie setzt ein großartiges Signal und zeigt, dass die Heimatvertriebenen und ihre Anliegen bei der Landesregierung einen hohen Stellenwert genießen“, sagte Minister Rech. Der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler blickte auf das vergangene Jahr zurück und erinnerte an die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Charta der Heimatvertriebenen, die großen Jubiläen der Landsmannschaften, die vielen Bundes- und Landestreffen sowie die Feiern zum Tag der Heimat. Dies seien immer gute Gelegenheiten, um miteinander ins Gespräch zu kommen. „So hatte ich die Möglichkeit zu erfahren, was Sie aktuell bewegt. Dies zu wissen, ist mir als Ihr Landesbeauftragter sehr wichtig und sehr wertvoll“, sagte Rech. „Das Wissen um die Kultur der deutschen Heimatvertriebenen muss über die Zeit der Erlebnissgeneration hinaus erhalten bleiben. Daher ist es wichtig und richtig, die Pflege und den Erhalt der Kultur der Heimatvertriebenen zu unserer Herzenssache zu machen“, betonten Mappus und Rech.

## Union hält an Verantwortung für Deutsche in und aus Osteuropa fest

Klaus Brähmig kommentiert den 70. Jahrestag des Stalinerlasses zur Deportation der Russlanddeutschen



Klaus Brähmig

diese wichtigen Bevölkerungsgruppen. So ist die jüngst vom Kabinett beschlos-

sene Härtefallregelung im Bundesvertriebenengesetz für die Aufnahme von Spätaussiedlern ein wichtiges Signal. Nun ist es Ehegatten oder Abkömmlingen von Spätaussiedlern, die selbst zunächst nicht nach Deutschland gekommen sind, in bestimmten Fällen möglich, nachträglich nach Deutschland zu kommen. Damit werden zukünftig unvermeidbare Familientrennungen vermieden. Die deutschen Minderheiten sind für die Unionsfraktion ein wichtiger Schwerpunkt. Daher wurde die zuständige soziologische Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler auf einstimmigen Fraktionsbeschluss hin zum Jahresbeginn in 'Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten' umbenannt. Die Union bekräftigt mit diesen Maßnahmen eindeutig die aus dem Kriegsfolgenschicksal resultierende Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten sowie den dahinter stehenden Solidaritätsgedanken.“

# Hessischer Landtag beschließt Doppelantrag zur „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und zum „Wiesbadener Abkommen“

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf würdigt die Leistungen der Heimatvertriebenen



Margarete Ziegler-Raschdorf

Die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, hat Ende des letzten Jahres in Wiesbaden darauf hingewiesen, dass der Hessische Landtag in seiner Sitzung am 15. Dezember dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und FDP betreffend 60. Jahrestag der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und 60. Jahrestag des „Wiesbadener Abkommens“ zugestimmt hat. Die Landesbeauftragte betonte die Bedeutung dieser wichtigen Erklärungen.

Sie stellte fest, dass mit diesen Gründungsdokumenten der Bundesrepublik bereits kurz nach Kriegsende mit der Absage an Rache und Vergeltung durch die Heimatvertriebenen selbst in einem Akt der Selbstüberwindung ein nicht hoch genug einzuschätzendes Zeichen der Versöhnung gesetzt und ein Bekenntnis zu einem einigen Europa abgelegt wurde. „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist eine verbindliche, auf Dauer ausgerichtete Erklärung, die die deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in feierlicher Form in Stuttgart abgegeben haben und die von ihnen selbst als ihr moralisches Grundgesetz betrachtet wird“, so Frau Ziegler-Raschdorf. Die Landesbeauftragte zeigte sich erfreut darüber, dass der Hessische Landtag die Unterzeichnung der Dokumente vor 60 Jahren gewürdigt und die Leistungen der Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau Hessens besonders hervorgehoben hat. Allerdings zeigte sie sich enttäuscht über die teilweise hitzig geführte Plenardebatte und über die Tatsache, dass es nicht möglich war, einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen zu diesem Thema zu verabschieden. „Es

gab Standpunkte einzelner Fraktionen, die Trauer und auch Scham, ja Entsetzen über die Äußerungen hervorrufen. Die Vertriebenen haben niemals das Unrecht unterschlagen, das von Deutschen im Zweiten Weltkrieg ausging, jedoch immer auch betont, dass geschehenes Unrecht nicht gegen ein weiteres Unrecht aufzurechnen oder durch dieses gerechtfertigt sei. Immer wieder wird verlangt, dass es ausgerechnet und gerade die Heimatvertriebenen sein sollen, die sich zu dem von Deutschen begangenen Unrecht des Zweiten Weltkrieges zu bekennen hätten und dabei tragen sie doch genauso wenig oder genauso viel Schuld daran wie alle anderen Deutschen“, so Ziegler-Raschdorf. Letztlich habe die Landtagsdebatte gezeigt, dass es die Fraktionen von CDU und FDP sind, die an der Seite der Vertriebenen stehen, deren Schicksal anerkennen, den Schritt der Selbstüberwindung, den die Vertriebenen mit der Charta gegangen sind, würdigen und die unzähligen Hilfestellungen und Aktivitäten praktischer Versöhnungsarbeit für die Menschen, die heute in ihren ehemaligen Herkunftsgebieten leben, anerkennen. „Es ist mir wichtig zu betonen, dass sich das Thema Vertreibung nicht mit dem „natürlichen Verschwinden“ der aus der Heimat Gejagten erledigt. Dieser Teil der Geschichte geht nicht nur die Betroffenen selbst etwas an, sondern ist Teil der Geschichte aller Deutschen“, erklärte die Landesbeauftragte. Zu dieser Informationspolitik des Landes Hessen gehöre die Unterstützung der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin ebenso wie die Forderung nach fester Etablierung des Themas Flucht und Vertreibung im Schulunterricht. „In diesem Zusammenhang begrüße ich die anlässlich des 60. Jahrestages der Charta jüngst beschlossene Vergabe des Preises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ durch die Hessische Landesregierung. Wir werden auch zukünftig mit Veranstaltungen und Informationen auf das Schicksal und die Geschichte der Heimatvertriebenen hinweisen und deren Leistungen würdigen“, so die Landesbeauftragte abschließend.

## Gedenktag für die Opfer der Vertreibung überfällig

Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern appelliert an Bundestagsabgeordnete



Renate Holznagel

Die Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und CDU-Landtagsabgeordnete Renate Holznagel hat einen bundeseinheitlichen „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung“ gefordert. Bereits 2003 hat der Bundsrat die Bundesregierung dazu aufgefordert, den 5. August eines jeden Jahres zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung“ zu bestimmen. Der letzte Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe unterstützte mit einem Beschluss diese

Forderung erneut und forderte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, entsprechend aktiv zu werden. Am 5. August 1950 wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet. Die Vertriebenen leisteten in den alten wie neuen Bundesländern einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau Deutschlands. In den neuen Bundesländern mussten die Vertriebenen über ihr Schicksal und ihre schweren Erlebnisse bis zum Herbst 1989 schweigen. „Ich würde mir wünschen, wenn die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus Mecklenburg-Vorpommern die Initiative ergreifen, damit es noch 2011 einen solchen nationalen Gedenktag geben kann“, so Renate Holznagel, die auch Vorsitzende des Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen ist.



## **Donauschwäbischer Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg für 2011 ausgeschrieben**

Innenminister Heribert Rech: „Mit dem Kulturpreis würdigt das Land den hohen Stellenwert der donauschwäbischen Literatur“ - Das Land Baden-Württemberg vergibt im zweijährigen Turnus den Donauschwäbischen Kulturpreis. Der Preis wird in erster Linie donauschwäbischen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut der Donauschwaben repräsentiert. Es können aber auch Künstler ausgezeichnet werden, die der donauschwäbischen Kultur verbunden sind und deren Werk die kulturellen Wechselwirkungen zwischen den Donauschwaben und ihren Nachbarn in den östlichen Siedlungsgebieten widerspiegelt oder zur gegenseitigen Verständigung beiträgt. Der Kulturpreis wird im Jahr 2011 für den Bereich Literatur und Literaturwissenschaften ausgeschrieben. Er besteht aus einem mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis und zwei Förderpreisen in Höhe von jeweils 2.500 Euro. Über die Vergabe der Preise entscheidet eine Jury unter Ausschluss des Rechtsweges. „Literatur bietet in ganz besonderem Maß die Möglichkeit, die Geschichte und die Kultur der Donauschwaben in unser Bewusstsein zu holen. Kulturschaffende wie der Erzähler, Dramatiker und Essayist Adam Müller-Guttenbrunn zeigen die Bedeutung der Literatur in der donauschwäbischen Kultur. Baden-Württemberg würdigt den hohen Stellenwert der donauschwäbischen Literatur mit dem diesjährigen donauschwäbischen Kulturpreis des Landes“, sagte Innenminister Heribert Rech in Stuttgart.

### **Zusatzinformationen:**

Es sind sowohl Eigenbewerbungen als auch Vorschläge Dritter möglich. Die Bewerbungen und Vorschläge sind zusammen mit den erforderlichen Unterlagen bis spätestens 31. Mai 2011 beim Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart einzureichen. Weitere Informationen im Internet unter [www.im.baden-wuerttemberg.de](http://www.im.baden-wuerttemberg.de) (Kulturerbe im Osten/Projekte und Veranstaltungen) oder beim Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Telefon 0711/66951-14.

## **Hessen: Erstes Neujahrsgespräch von Ministerpräsident Volker Bouffier mit den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften**

Zum ersten Mal nach Übernahme der Regierungsgeschäfte hat der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier die Vertreter des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften zum Neujahrsgespräch in der Hessischen Staatskanzlei empfangen. „Ich will die von meinem Vorgänger Roland Koch gegründete Tradition der Neujahrsgespräche fortsetzen sowie den Anliegen der Verbände stets Gehör schenken und diese ernstnehmen“, betonte der Ministerpräsident zu Beginn. Die Landesregierung habe Verständnis für die Anliegen der Heimatvertriebenen und gehe mit „Herz und Mitgefühl“ an diesen Politikbereich heran. Die Koalitionsregierung in Hessen sei eine stabile Verbindung mit klaren Vereinbarungen. So sei der Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung des hessischen Landtags nicht zur Diskussion gestellt worden. Ebenso sei die Funktion von Margarete Ziegler-Raschdorf als Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler einzigartig in dieser Form in der Bundesrepublik.

An dem Gespräch nahmen auch der hessische Sozialminister Stefan Grüttner, Heinz-Wilhelm Brockmann, Staatssekretär im hessischen Kultusministerium, Staatssekretär und Regierungssprecher Michael Bußer, die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, sowie die Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg als Vorsitzende des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung teil.

### **Literaturtipp**

Spiegel-Heft-Geschichte

Nr. 1 / 2011

**DIE DEUTSCHEN IM OSTEN**

Auf den Spuren einer verlorenen Zeit

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Alfred Herold, dankte für die Fortsetzung der Tradition der Neujahrsgespräche und für die beispielhafte ideelle und materielle Unterstützung durch die Landesregierung. Er lobte die freundschaftliche Atmosphäre der Zusammenarbeit und stellte die umfangreiche ehrenamtliche Arbeit des BdV Hessen vor. Es sei ihm wichtig festzustellen, dass die Heimatvertriebenen glaubwürdige Brückenbauer zu den Menschen im Osten geworden seien und viele Vorurteile abgebaut werden konnten. Herold zitierte Alfred Dregger: „Versöhnung kann man nicht mit Dekret verordnen. Sie muss in den Köpfen der Menschen wachsen und von ihren Herzen getragen werden.“ Ministerpräsident Volker Bouffier zeigte Verständnis für die Befürchtung der Verbände, mit Einführung der Bildungsstandards im Rahmen des neuen Schulgesetzes könnte das Thema Flucht und Vertreibung im Schulunterricht aus dem Blickfeld geraten. Man müsse den Mut haben, klar zu sagen, warum es wichtig sei, dass im Unterricht die Vertreibung vorkommt. „Auch in 20 Jahren sollen unsere Leute noch wissen, was Wolgadeutsche sind“, betonte der Ministerpräsident.

## **IMPRESSUM**

Herausgeber:	Peter Altmaier MdB Stefan Müller MdB Parlamentarische Geschäftsführer Klaus Brähmig MdB Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten
Redaktion:	Sven Oole (V.i.S.d.P.)
Sekretariat:	Ines Roehm
Kontakt:	Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154